



Jahresbericht 2024/2025

STADT
ESSEN

Impressum

Herausgeberin	Stadt Essen, Geschäftsbereich 3, Strategische Stabsstelle kommunale Kriminalprävention und urbane Sicherheit
Autorinnen	Stephanie Schmuck, Dr. Ina Hennen
Satz und Layout	Dr. Ina Hennen, Saskia Sunten
Stand	August 2026

Vorwort des Oberbürgermeisters

Meine Damen und Herren,

um es gleich zu Beginn klarzustellen: Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2024/2025 verzeichnet insgesamt einen leichten Rückgang der Straftaten.

Aber richtig ist auch: Sicherheitsempfinden ist sehr subjektiv. Durch persönliche Gespräche mit Essener Bürgerinnen und Bürgern erfahre ich gelegentlich von Sorgen über die eigene Sicherheit. Die Essenerinnen und Essener erwarten zum einen von der Polizei und der Justiz sicherheitsrelevantes Handeln, zum anderen auch von der kommunalen Verwaltung und Politik wirksames Agieren für mehr Ordnung und Sicherheit im städtischen Raum.

Gemeinsame präventive Aktionen wirken!

In Essen gibt es seit vielen Jahren Fachgruppen, Arbeitskreise und Gremien, die kriminalpräventive Arbeit leisten. Unter dem Dach des Kriminalpräventiven Rat Essen vereinen sich viele engagierte Fachgruppen; die zuletzt im Jahr 2022 vier neu eingerichteten seien hier genannt: FG Senioren, FG Städtebauliche Kriminalprävention, FG Extremismus/Radikalisierung und FG Jugend.

Um in medias res zu gehen, benenne ich exemplarisch folgende kriminalpräventive Themen dreier Fachgruppen:

Die Fachgruppe Senioren verstärkt beispielsweise die Prävention in der digitalen Welt, die Bekämpfung von Trickbetrug und Opferschutz durch Aufklärung, oder die Entwicklung der Broschüre „Klüger gegen Betrüger“.

Die Fachgruppe städtebauliche Kriminalprävention verfolgt aktuell fünf zentrale Ziele: Integrierte Stadtentwicklung (Sicherheitsaspekte in der Stadtplanungsphase), stärkere Vernetzung, evidenzbasierte Prävention (Kriminalitätsanalysen), resiliente Städte (Krisenvorsorge), Menschen im Mittelpunkt (Sicherheit in öffentlichen Räumen). Dies sind nur einige Aspekte im großen Portfolio des Kriminalpräventiven Rat Essen und seiner Akteurinnen und Akteuren.

Prävention durch Kontakt: Die Fachgruppe Jugend hat Anteil am Rückgang der Zahl junger Tatverdächtiger. Das bestätigt die Wirksamkeit der Präventionsarbeit durch gesteigerte Jugendkontakte, durch das Konzept „Sichere Schule“ sowie die enge



Thomas Kufen (Foto: Sven Lorenz)

Zusammenarbeit des Jugendamtes mit weiteren Trägern der Jugendsozialarbeit und den Essener Schulen.

Der Rückgang der Kriminalität zeigt, dass Prävention hilft. Jedes Delikt, das nicht geschieht, rechtzeitig verhindert oder gestoppt wird, senkt die Zahl der Straftaten – gut sichtbar beim Vergleich der Kriminalstatistiken. Die aktuelle Kriminalstatistik zeigt: Essen ist auf dem richtigen Weg. Mit dem Kriminalpräventiven Rat haben wir als Stadt Essen ein wertvolles Instrument geschaffen, um die Sicherheit in unserer Heimatstadt nachhaltig zu verbessern.

Dieser Jahresbericht des Kriminalpräventiven Rat Essen gibt Ihnen einen Überblick über seine aktuellen Schwerpunktthemen, einen Einblick in die Berichte der Fachgruppen, einen Draufblick auf seine Vernetzung und den Wissenstransfer sowie einen Ausblick auf seine Weiterentwicklung im Sinne einer integrierten, strategischen Sicherheitsaufgabe.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Thomas Kufen
Oberbürgermeister der Stadt Essen

Inhalt

1 Einleitung	4
1.1 Editorial	4
1.2 Drei Fragen an Anna Rau	6
2 Thematische Schwerpunkte im Plenum	9
2.1 „Lauter Hass - leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht“	9
2.2 Prävention im Bereich sexualisierte Gewalt - Erkenntnisse aus dem Projekt „Zürich schaut hin“	12
2.3 „Schule als sicherer Ort“	14
2.4 Großwohnsiedlungen im Wandel - Handlungsempfehlungen aus der Forschung für die Praxis	15
3 Berichte aus den Fachgruppen	19
3.1 Fachgruppe Senioren	20
3.2 Fachgruppe Städtebauliche Kriminalprävention	22
3.3 Fachgruppe Extremismus/Radikalisierung	25
3.4 Fachgruppe Jugend	28
3.5 Kriminalpräventive Netzwerke in den Quartieren	30
4 Vernetzung und Wissenstransfer	33
4.1 Veranstaltungen	33
4.1.1 Fachtag „Digitalisierung der Sexarbeit“	33
4.1.2 „Wir alle sind Essen - Gemeinsam für ein friedliches Miteinander“: Initiative für Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt	35
4.2 Netzwerkarbeit	36
4.3 Wissenschaft-Praxis-Transfer	37
5 Ausblick 2026	39

Einleitung 1

1 Einleitung

1.1 Editorial



Stephanie Schmuck (©M. Leick, Stadt Essen)

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Man erkennt den Wert von Sicherheit oft erst dann, wenn sie nicht mehr selbstverständlich ist.“

Vor einigen Monaten war ich am frühen Vormittag auf dem Weg zu einem Termin in unserer Innenstadt. Die Stadt erwachte langsam und für die meisten war es ein ganz gewöhnlicher Tag. Doch genau in diesen scheinbar alltäglichen Momenten wird deutlich, woran wir jeden Tag arbeiten: an einer Stadt, in der sich Menschen sicher fühlen, einander begegnen und das öffentliche Leben selbstverständlich genießen können.

Doch was bedeutet Sicherheit eigentlich? Es gibt hierbei nicht die eine Antwort! Für die einen ist es der gut beleuchtete Heimweg, für andere die Möglichkeit respektvoll zusammenzuleben. Eines aber haben all diese Perspektiven gemeinsam: Sicherheit entsteht nicht von allein. Sie ist das Ergebnis gemeinsamer Verantwortung, kluger Entscheidungen und einer engen Zusammenarbeit vieler engagierter Menschen.

Kommunale Kriminalprävention ist deshalb weit mehr als die Verhinderung von Straftaten. Sie bedeutet, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, Herausforderungen gemeinsam anzugehen und Lebensräume aktiv zu gestalten. Dabei arbeiten Verwaltung, Polizei, Schulen, soziale Einrichtungen, Wissenschaft und zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure eng zusammen. Im-

mer wieder beeindruckt mich, mit wie viel Fachwissen, Kreativität und persönlichem Engagement diese Zusammenarbeit gelebt wird. Die letzten zwei Jahre haben erneut gezeigt, wie dynamisch sich unsere Städte verändern. Gesellschaftlicher Wandel, Digitalisierung, soziale Entwicklungen und neue Kriminalitätsformen stellen uns vor Aufgaben, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Gleichzeitig eröffnen sie Chancen, Prävention neu zu denken und innovative Lösungen zu entwickeln. Gerade deshalb ist der kontinuierliche Austausch zwischen kommunaler Verwaltung, Praxis und Wissenschaft heute wichtiger denn je.

Dieser Jahresbericht gibt Ihnen Einblicke in genau diese Arbeit. Er zeigt nicht nur die Projekte und Veranstaltungen der verschiedenen Gremien des KPR, sondern auch, welche Fragen uns aktuell beschäftigen. Ergänzt wird dies durch ein Experteninterview sowie ausgewählte Auszüge aus Fachvorträgen, die wissenschaftliche Erkenntnisse mit konkreten Handlungsempfehlungen verbinden.

Für mich persönlich sind diese unterschiedlichen Stimmen ein Ausdruck dessen, was kommunale Kriminalprävention ausmacht: Sie lebt vom Dialog: von Menschen, die bereit sind zuzuhören, voneinander zu lernen und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Gute Ideen entstehen selten im Alleingang. Sie entstehen dort, wo unterschiedliche Erfahrungen und Kompetenzen zusammenkommen.

Mein Dank gilt allen Mitgliedern unserer kriminalpräventiven Gremien sowie allen Partnerinnen und Partnern aus Verwaltung, Polizei, Justiz, Wissenschaft, sozialen Einrichtungen und Präventionsnetzwerken. Ihr Engagement, Ihre Expertise und Ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bilden das Fundament einer erfolgreichen kommunalen Kriminalprävention.

Ich lade Sie herzlich ein, die folgenden Seiten mit Neugier zu entdecken.

A handwritten signature in black ink, reading 'Stephanie Schmuck'. The script is fluid and cursive, with a large, stylized 'S' at the beginning.

Stephanie Schmuck
Leiterin der Strategischen Stabsstelle kommunale Kriminalprävention und urbane Sicherheit

5

Projekte
in den neuen
Fachgruppen

Kriminal-
präventiver
Rat

ESSEN



21

Fachgruppen-
sitzungen



kriminalpraeventiverrat@essen.de

4

Sitzungen
im Plenum

Kriminalpräventive
Netzwerke in
den Stadtteilen

5

8

Sitzungen
der Lenkungsgruppe



www.essen.de/kpr

3

**Veröffent-
lichungen**

1.2 Drei Fragen an Anna Rau



Anna Rau (©A. Rau)

Anna Rau ist Geschäftsführerin des Deutsch-Europäischen Forums für urbane Sicherheit (DEFUS) und Expertin für Themen der Kriminal- und Gewaltprävention. Wir haben mit ihr über die Herausforderungen, Handlungsfelder und die Zukunft der kommunalen Präventionsarbeit gesprochen.

Frau Rau, warum sind urbane Sicherheit und kommunale Prävention heute zentrale Aufgaben von Stadtverwaltungen, aber auch der gesamten Stadtgesellschaft?

Das finde ich gar nicht so schwer zu erklären, denn globale Entwicklungen, Krisen und gesellschaftliche Spannungen spiegeln sich ja auch direkt vor Ort wider. Die Kommunalverwaltungen stehen im Zentrum der Erwartungen der Bevölkerung, das friedliche Zusammenleben zu organisieren, Sicherheit zu gewährleisten und Alltagsprobleme zu lösen. Und damit rücken automatisch auch die Aufgabenbereiche, die der Prävention zuzuordnen sind, Sicherheitsfragen, aber auch Fragen der Resilienz in den Fokus des Verwaltungshandelns.

Die Themen der kommunalen Prävention und urbanen Sicherheit sind sehr breit gefächert und haben sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Standen am Anfang eher Fragen der Gewaltprävention sowie der Prävention von Kriminalität im Vordergrund, sind es eben heute auch Fragen der Prävention von Rassismus und Diskriminierung: Wie gehen wir mit extremistischen Entwicklungen

und Polarisierung um? Das gehört genauso dazu wie Fragen der Sicherheit im öffentlichen Raum und der öffentlichen Ordnung. Da müssen wir nur daran denken, welche Nutzungskonflikte Drogenszenen in urbanen Zentren auslösen oder wie präsent Nutzungskonflikte zwischen feiernden Menschen und Anwohnenden in immer dichter werdenden öffentlichen Räumen inzwischen sind. Aber auch Fragen des Krisen- und Risikomanagements beschäftigen uns ebenso wie die ganz große Frage: Wie organisieren wir denn diese ganze Präventions- und Sicherheitsarbeit in der Verwaltung?

Was bedeutet das konkret für die kommunale Präventionsarbeit? Welche Handlungsfelder stehen heute im Mittelpunkt und was brauchen Kommunen, um Sicherheit und Prävention wirksam zu gestalten?

Die Handlungsfelder kriminalpräventiver Akteure sind vielfältig. Besonders wichtig finde ich die Koordination der Präventions- und Sicherheitsakteure vor Ort. Das ist ganz zentral, denn Präventionsarbeit ist Netzwerkarbeit. Es gibt natürlich auch Anfragen aus dem politischen Raum, die bearbeitet werden wollen, genauso wie thematische und handlungsorientierte Aufgaben, die sich aus den jeweiligen Herausforderungen vor Ort ergeben, tagesaktuell bearbeitet werden müssen und zum laufenden Geschäft gehören. Ebenso wichtig ist die Bürgerbeteiligung und die Einbeziehung der Stadtgesellschaft in die Frage, wie wir Prävention vor Ort organisieren, wie wir besonders vulnerable Gruppen schützen können vor Gewalt, Kriminalität und Diskriminierung und wie wir auch marginalisierte Menschen einbinden. Ohne ein funktionierendes Netzwerk mit Zivilgesellschaft und allen anderen wichtigen Akteuren der Sicherheits- und Präventionsarbeit können wir zudem gar nichts bewegen.

Neben den gerade genannten Handlungsfeldern finde ich besonders wichtig auch nochmal darauf hinzuweisen, dass man ein Gesamtkonzept und eine Strategie braucht, die dann auch konsequent umgesetzt werden müssen. Das ist ein langer Prozess, den es zu koordinieren gilt, indem man immer wieder neue Absprachen treffen muss, sich wieder zusammensetzen muss, sich an neuesten Entwicklungen orientieren und anpassen muss. Und dafür ist es gut, wenn man jemanden hat, der diese Aufgabe koordiniert, die Strategie im Blick

hat, aber auch auf Innovationen setzt und neue wissenschaftliche Erkenntnisse zusammenträgt, um aktuellen Herausforderungen begegnen zu können. Zudem benötigen wir Weiterbildung und Training sowie viel Austausch und Vernetzung – nicht nur vor Ort, sondern auch mit anderen Städten, denn da kann man sehr viel voneinander lernen. Was hat woanders gar nicht funktioniert? Aber eben auch: Was hat gut funktioniert und lässt sich vielleicht auf die eigene Stadt übertragen?

Zum Abschluss wagen wir einen Blick in die Zukunft: Wie wird sich die kommunale Präventionsarbeit in den kommenden Jahren aus Ihrer Sicht weiterentwickeln?

In dieser Hinsicht lohnt es sich immer mal, einen Blick auf die Nachbarländer zu werfen. Die Schweiz ist da nicht schlecht, genauso wie die Niederlande: Sie gehen in Präventionsfragen schon sehr strategisch vor und verfügen über regelmäßige Sicherheitskonzepte, die sie fortlaufend aktualisieren und weiterentwickeln, die sie anpassen und an denen sie dann ihre Sicherheits- und Präventionsarbeit vor Ort ausrichten. Auch in Kanada ist man da schon ein bisschen weiter, dort gibt es schon viel mehr strategische, integrierte Ansätze, die in allen Kommunen mehr oder weniger gleich umgesetzt werden. Die Kanadier achten sehr darauf: Was brauchen denn unsere Bürgerinnen und Bürger, um sich wohlfühlen, um ein sicheres Leben in ihrer Stadt führen zu können? Da kommen dann auch Fragen der mentalen Gesundheit auf, des Wohnens, der Ernährungssicherheit, aber eben auch Fragen des Schutzes vor Gewalt sowie der individuellen Sicherheit.

In den 1990er Jahren hat die Arbeit der kommunalen Präventionsräte ordentlich Fahrt aufgenommen, da wurden Arbeitskreise eingerichtet, man hat Präventionsräte ins Leben gerufen. Es war ein Riesenschritt, dass man eben siloübergreifend zusammengearbeitet hat, Oberbürgermeister mit Polizeipräsidenten, Dezernenten und so weiter, das war sehr gut. Heute sind wir aber nochmal ein Schritt weiter und viele Kommunen gehen auch diesen Weg schon: Man geht von der herkömmlichen, eher austauschorientierten kommunalen Präventionsarbeit hin zu einem strategischen Ansatz der Urban Safety Governance, der proaktiv ist, der darauf setzt, wie wir auch die marginalisierten und vulnerablen Gruppen einbeziehen können, wie

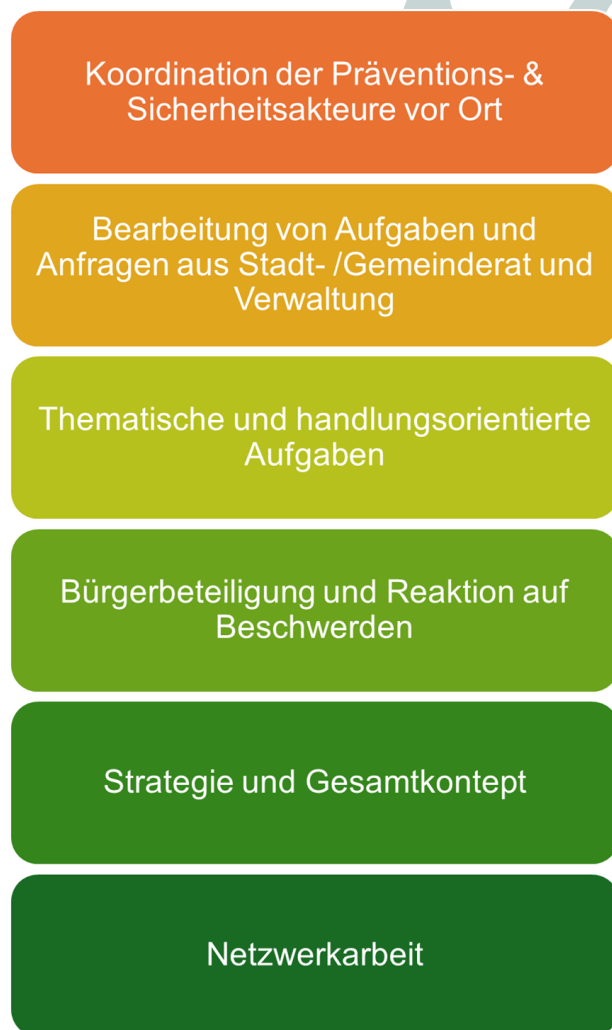


Abb. 1: Handlungsfelder der kommunalen Präventions- und Sicherheitsarbeit (©DEFUS)

wir auch auf deren Wohlergehen achten können, wie wir alle in der Gesellschaft gleichermaßen weiterentwickeln und schützen können.

Der Ansatz ist noch mehr evidenz- und datenbasiert, es findet noch mehr fach- und siloübergreifende Kooperation statt, also nicht nur Austausch, sondern wirklich tatsächliche Kooperation und Zusammenarbeit, Abstimmung von Prozessen und Maßnahmen. Es werden Maßnahmen stärker gemeinsam entwickelt und Ursachen gezielt angegangen. Auch einige Städte in Deutschland sind hier bereits relativ weit, die Stadt Augsburg entwickelt partizipative Lagebilder und auch die Städte Dortmund und Köln haben agile Sonderstäbe eingerichtet, um bestimmte Herausforderungen, soziale Krisen in der Innenstadt, direkt anzugehen. Essen ist hier bereits auf einem guten Weg. Ich wünsche allen Beteiligten viel Erfolg bei der weiteren Umsetzung einer nachhaltigen Strategie für urbane Sicherheit und kommunale Prävention.

Thematische
Schwerpunkte
im Plenum

2

2 Thematische Schwerpunkte im Plenum

2.1 „Lauter Hass - leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht“

Lutz Ickstadt, pollytix strategic research gmbh

In der Plenumssitzung des Kriminalpräventiven Rates Essen am 13.06.2024 stellte Lutz Ickstadt, Mitautor der Studie „Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht“, die wesentlichen Ergebnisse dieser Studie und daraus abzuleitende Handlungsempfehlungen vor.

Die bundesweite Studie wurde im Auftrag des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz durchgeführt und basiert auf einer repräsentativen Online-Befragung von 3.061 Internetnutzer:innen ab 16 Jahren. Berücksichtigt wurden ausschließlich öffentlich zugängliche Plattformen. Sie liefert erstmals seit 2019 eine umfassende Bestandsaufnahme zu Erscheinungsformen, Betroffenheit, Folgen und Präventionsansätzen im Themenfeld Hass im Netz.

„Hass im Netz ist politisch.“

Die Studienergebnisse verdeutlichen zunächst, dass Hass im Netz von der Bevölkerung überwiegend als politisches und demokratierelevantes Phänomen verstanden wird. Ein breiter Konsens besteht insbesondere bei rassistischen, antisemitischen, sexistischen sowie gegen die sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität gerichteten Hassäußerungen. Dagegen werden politische Grenzfälle deutlich heterogener bewertet. Die Einordnung von Hass im Netz ist damit nicht ausschließlich juristisch geprägt, sondern wird wesentlich durch gesellschaftliche Normen und politische Einstellungen beeinflusst.

„Hass im Netz ist präsent.“

Hass im Netz ist zugleich ein weit verbreitetes Phänomen. 45 Prozent der Befragten geben an, entsprechende Inhalte bereits selbst wahrgenommen zu haben. Die Studie verdeutlicht damit die hohe gesellschaftliche Sichtbarkeit digitaler Hasskommunikation und ihre Relevanz für öffentliche Meinungsbildungsprozesse.

„Hass im Netz kann alle treffen, aber nicht alle gleich.“

Die Betroffenheit verteilt sich jedoch keineswegs gleichmäßig. Zwar können grundsätzlich alle Nutzer:innen Ziel digitaler Hasskommunikation werden, die Häufigkeit und Intensität unterscheiden sich jedoch erheblich zwischen verschiedenen Be-

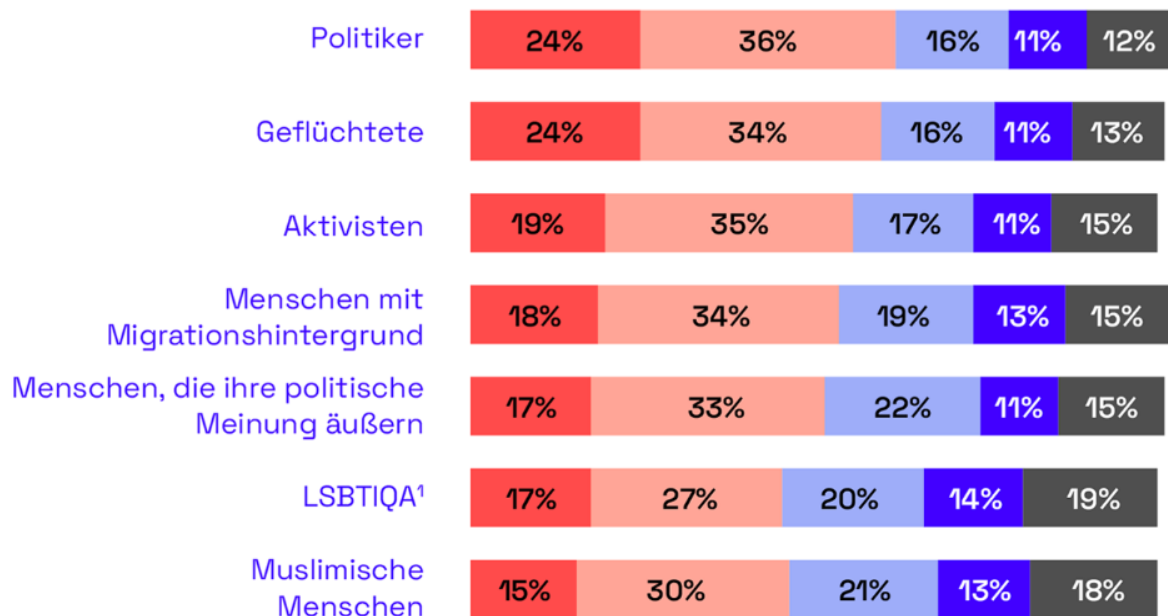


Lutz Ickstadt (@pollytix, Urban Ruths)

völkerungsgruppen. Die häufigste Erscheinungsform stellen Beleidigungen dar, gefolgt von Verleumdungen, Bedrohungen und sexualisierten Übergriffen. Besonders hohe Belastungen zeigen sich bei jungen Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Personen mit homosexueller oder bisexueller Orientierung. Die Daten weisen zudem auf eine ausgeprägte geschlechtsspezifische Dimension hin: Junge Frauen berichten signifikant häufiger von sexualisierten Angriffen, unerwünschter Zusendung intimer Bilder sowie sexueller Belästigung im digitalen Raum. Damit bildet Hass im Netz bestehende gesellschaftliche Diskriminierungsstrukturen nicht nur ab, sondern verstärkt diese zusätzlich.

Auch die Wahrnehmung betroffener Zielgruppen zeigt ein differenziertes Bild. Besonders häufig werden aggressive oder abwertende Äußerungen gegenüber Politiker:innen, Geflüchteten, politisch engagierten Personen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte wahrgenommen. Darüber hinaus werden Hassäußerungen regelmäßig gegenüber LSBTIQA-Personen, muslimischen Menschen sowie Frauen beobachtet. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass Hass im Netz insbesondere gesellschaftliche Gruppen trifft, die bereits im öffentlichen Diskurs einer erhöhten Sichtbarkeit oder Polarisierung ausgesetzt sind.

→ Wie häufig sehen Sie im Internet aggressive oder abwertende Aussagen gegen die folgenden Gruppen?



¹ Lesbische, schwule, bi, trans, inter, queere, asexuelle Menschen.

● sehr häufig ● eher häufig ● eher selten ● sehr selten ● nie

Basis: alle Befragten.
Fehlende Werte: keine Angabe.

Abbildung 6: Gegen wen richtet sich der Hass?
Auswahl häufigster Gruppen

Abb. 2: Gegen wen richtet sich der Hass? Auswahl häufigster Gruppen (Quelle: Lauter Hass - leiser Rückzug. Studie im Rahmen des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz. pollytix strategic research gmbh)

„Hass im Netz führt zum Rückzug aus demokratischen Diskursen.“

Die Studie belegt darüber hinaus erhebliche individuelle und gesellschaftliche Folgewirkungen. Betroffene reagieren zunächst überwiegend mit plattforminternen Schutzmechanismen, etwa durch das Blockieren von Accounts, das Melden von Inhalten oder das Einschränken der Sichtbarkeit eigener Profile. Externe Unterstützungsangebote, Beratungsstellen oder polizeiliche Anzeigen werden demgegenüber deutlich seltener genutzt. Dieses Nutzungsverhalten verweist auf bestehende Zugangsbarrieren sowie auf einen begrenzten Bekanntheitsgrad vorhandener Unterstützungsstrukturen.

Die gravierendsten Folgen liegen jedoch im Bereich der demokratischen Teilhabe. Sozialer Rückzug stellt die am häufigsten genannte Konsequenz

persönlicher Betroffenheit dar. Hinzu kommen psychische Belastungen, Einschränkungen der Online-Aktivität sowie ein vermindertes Gefühl der Selbstwirksamkeit. Die Studie beschreibt damit einen „Silencing Effect“: Betroffene verzichten zunehmend darauf, sich an digitalen Debatten zu beteiligen oder ihre politische Meinung öffentlich zu vertreten. Parallel äußert eine große Mehrheit der Befragten die Sorge, dass Hass im Netz zur Zunahme von Gewalt im Alltag beiträgt und den demokratischen Meinungsaustausch nachhaltig beeinträchtigt. Besonders ausgeprägt sind diese Befürchtungen unter Personen, die selbst bereits von Hass im Netz betroffen waren.

Bemerkenswert ist zudem, dass sich Hass im Netz aus Sicht der Betroffenen am häufigsten gegen politische Überzeugungen richtet und damit unmittelbar an demokratische Partizipation anknüpft.

Politische Meinungsäußerungen werden damit zunehmend zum Ausgangspunkt digitaler Anfeindungen und können zu einer Einschränkung öffentlicher Diskursräume beitragen. Die Destabilisierung der demokratischen Grundfeste ist damit gegeben.

„Politischen Forderungen gegen Hass im Netz erhalten Zuspruch.“

Vor diesem Hintergrund stößt ein breites Spektrum präventiver und repressiver Maßnahmen auf hohe gesellschaftliche Zustimmung. Besonders

hohe Akzeptanz erfahren eine konsequentere Rechtsdurchsetzung im digitalen Raum, eine stärkere Sensibilisierung von Polizei und Justiz, niedrigschwellige Meldewege, kostenfreie Beratungs- und Rechtsunterstützungsangebote sowie eine stärkere Verantwortung der Plattformbetreiber einschließlich eines finanziellen Ausgleichs durch die großen Plattformbetreiber für die gesellschaftlichen Kosten. Ebenso wird der Ausbau spezialisierter Unterstützungsstrukturen sowie die systematische Verankerung des Themas in Schule und pädagogischer Aus- und Fortbildung von großen

Mehrheiten befürwortet. Die Studienergebnisse sprechen damit für einen integrierten Präventionsansatz, der rechtliche, pädagogische, technische und zivilgesellschaftliche Maßnahmen miteinander verbindet.

Für die kommunale Kriminalprävention bestätigt die Studie, dass Hass im Netz nicht allein als digitales Kommunikationsproblem, sondern als eigenständige Herausforderung für den Schutz demokratischer Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu betrachten ist.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Seite des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz:

<https://tonesift.org/lauter-hass-leiser-rueckzug/>

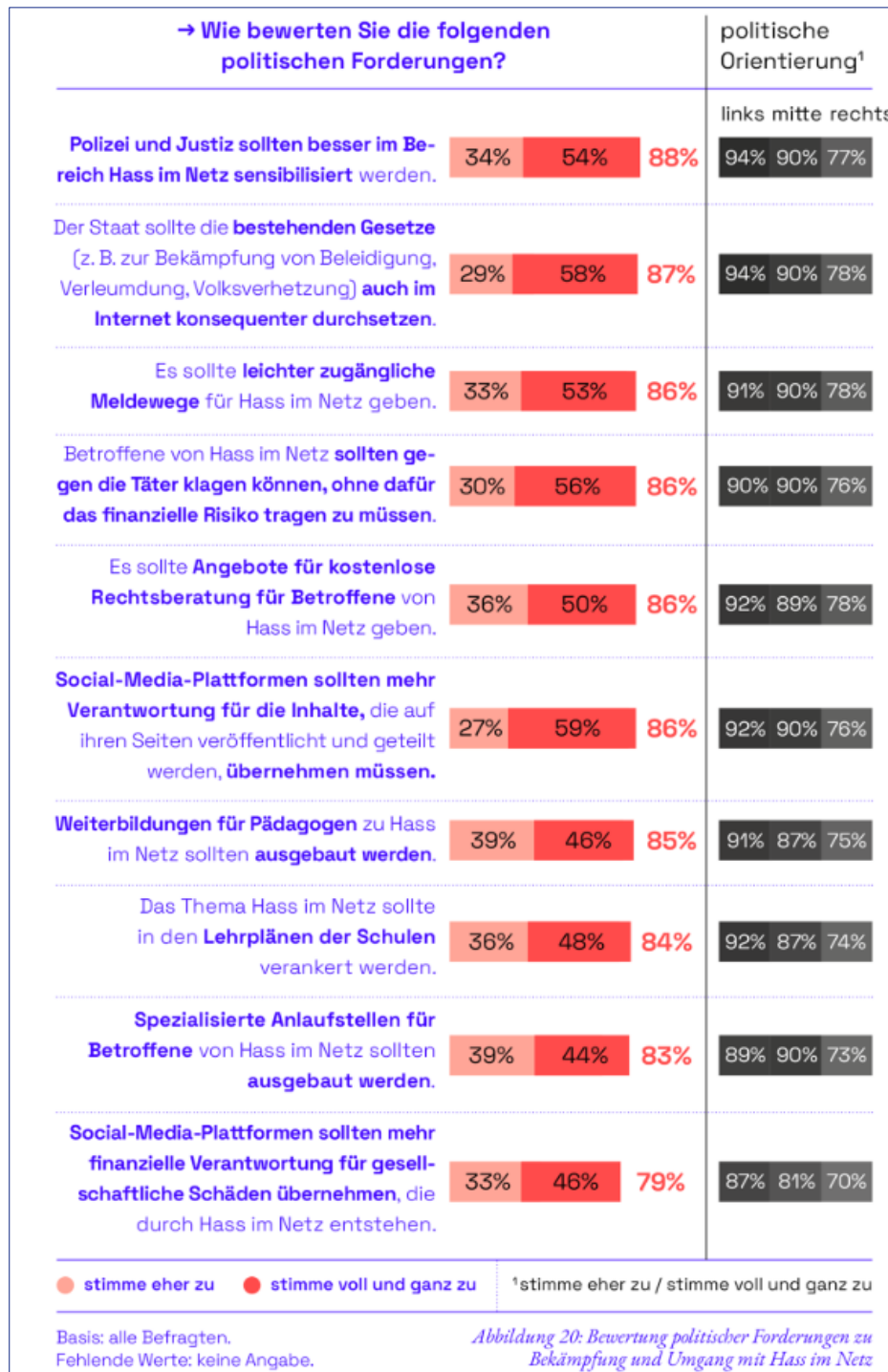


Abb. 3: Bewertung politischer Forderungen zu Bekämpfung und Umgang mit Hass im Netz (Quelle: Lauter Hass - leiser Rückzug. Studie im Rahmen des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz. pollytix strategic research gmbh)

2.2 Prävention im Bereich sexualisierte Gewalt - Erkenntnisse aus dem Projekt „Zürich schaut hin“

Dayana Modasini, Sicherheitsdepartement Zürich & Naomi Chinasa Bögli, Fachstelle für Gleichstellung Zürich



Abb. 4: Wortbildmarke der Kampagne „Zürich schaut hin“

Am 13.12.2024 stellten Dayana Mordasini und Naomi Chinasa Bögli in der Plenumsitzung des Kriminalpräventiven Rates Essen das Projekt "Zürich schaut hin" vor. Sie berichteten von den konkreten Präventionsmaßnahmen sowie den Erfahrungen aus den ersten Projektjahren.

Ausgangslage

Seit einigen Jahren richtet sich die Aufmerksamkeit wieder vermehrt auch auf den öffentlichen Raum als «Tatort». Der Hashtag #MeToo hat ab Mitte 2017 dazu beigetragen, dass Frauen vermehrt über ihre Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt sprechen und dass die Medien ausführlicher darüber berichten.

Die Nutzung des öffentlichen Raums ist eine Grundvoraussetzung für die Aus-

übung verschiedener Freiheiten, die in der Bundesverfassung und in den von der Schweiz ratifizierten internationalen menschenrechtlichen Übereinkommen garantiert sind. Auch die Istanbul-Konvention (IK) macht deutlich, dass ein Leben frei von Gewalt eine Grundvoraussetzung ist für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben.

Mit der Ratifizierung hat sich die Schweiz verpflichtet (2018 in Kraft), die IK auch auf kommunaler Ebene umzusetzen und Massnahmen in den Bereichen Prävention, Schutz und Strafverfolgung umzusetzen. Eine der Massnahmen im Bereich der Prävention ist unter anderem das Projekt «Zürich schaut hin – gemeinsam gegen Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit im öffentlichen Raum».

Die Pyramide der Gewalt visualisiert, wie patriarchale Vorstellungen, d.h. ungleiche Machtverhältnisse, Nährboden sind für weitere Formen (massiver) sexualisierter Gewalt. Die Bekämpfung von Gewalt ist damit auch immer Gleichstellungsarbeit und umgekehrt. Ausdruck von sexualisierter Gewalt auf den unteren Stufen der Pyramide sind subtil, sie werden oft nicht wahrgenommen oder im gesellschaftlichen Diskurs normalisiert und akzeptiert. Hier setzt das Projekt «Zürich schaut hin» an: Die Wahrnehmung der Thematik soll geschärft und Verhaltensweisen, die bisher als trivial und tolerierbar eingestuft wurden, hinterfragt werden.

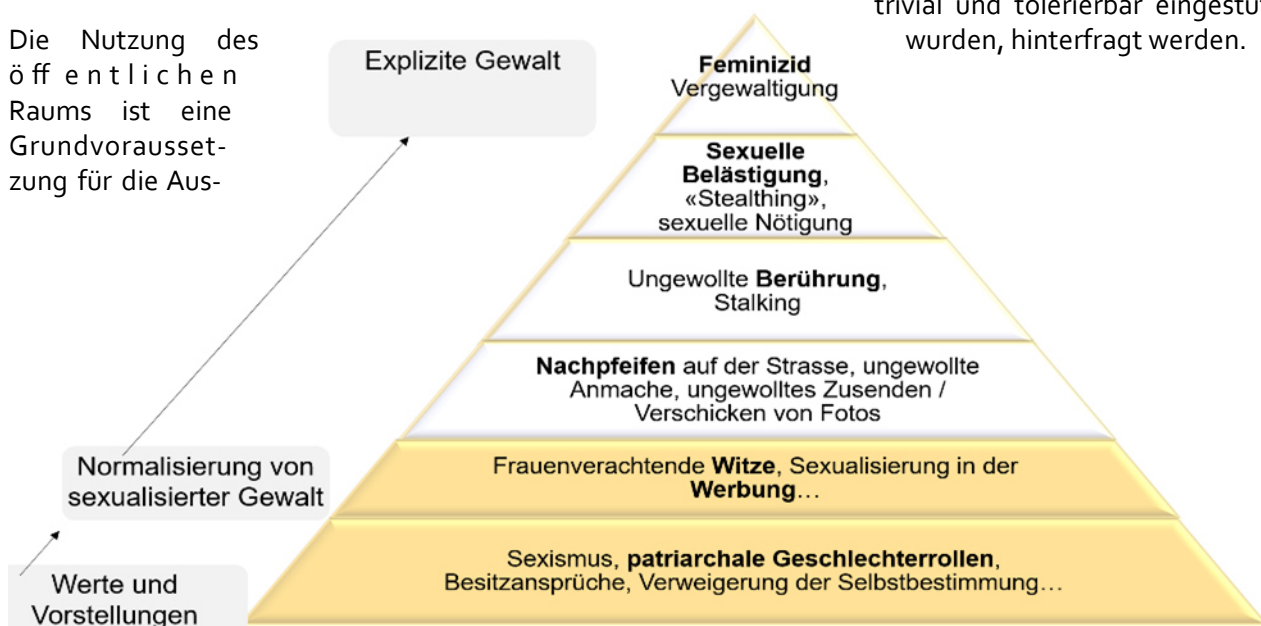


Abb. 5: Gewaltpyramide, Zürich schaut hin

Konkret umfasst das Projekt folgende Ziele:

- Bewusstmachung und **Sensibilisierung** der breiten Bevölkerung.
- Aufbau eines **Netzwerks aus Allianzpartnern**: **innen** von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und eine breite Verankerung innerhalb der Stadtverwaltung.
- Die Möglichkeit der **Sichtbarmachung** für Betroffene und Beobachtende.
- Förderung von **zivilcouragiertem Handeln** und **die Kompetenzförderung** von Fachpersonen und spezifischen Berufsgruppen.

Vision & Botschaften

Im Dezember 2019 haben die Stadtpräsidentin Corine Mauch und Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart mit folgender Vision gemeinsam das departementsübergreifende Projekt «Zürich schaut hin» in Auftrag gegeben (Laufzeit bis Ende 2025): *Alle sollen sich in der Stadt Zürich frei und sicher bewegen können.* Ein Bündel von ineinandergreifenden und sich ergänzenden Präventionsmassnahmen soll einen entsprechenden Wertewandel unterstützen und so zur Verwirklichung der Vision und Projektziele beitragen. Diese Vision lässt sich in folgende Botschaften übersetzen:

- Belästigungen und Übergriffe sind unerwünscht und nicht OK.
- Wir schauen nicht weg. Wir fühlen uns zuständig, wenn Menschen belästigt werden.
- Bei Belästigungen und Diskriminierung geht es nicht um meine «private» Meinung.
- Schutz und Sicherheit der Betroffenen stehen an oberster Stelle.

Prävention - Ein breiter Strauß an Massnahmen

Prävention ist dann wirksam, wenn Massnahmen auf verschiedenen Ebenen ansetzen und ein Thema gleichzeitig aus unterschiedlichen Perspektiven bearbeitet wird.

So bündelt das Projekt denn auch eine Vielzahl von Massnahmen: Eine [Kampagne](#) im öffentlichen Raum (bspw. in Badeanlagen, Clubs und Bars, an Festen und Festivals), ein online [Meldetool](#), [Weiterbildungen](#) (bspw. im Bereich Nachtleben oder für Mitarbeitende der Verkehrsbetriebe Zürich VBZ), und verschiedene [Angebote](#) (u.a. für den Schulkontext).

Erkenntnisse aus «Zürich schaut hin»

Die [Auswertungen](#) der Meldungen auf zuerich-schaut-hin.ch zeigen, dass das Meldetool die Bedürfnisse, die zu Beginn des Projekts identifiziert wurden, bedient: So werden insbesondere Mel-

dungen zu Belästigungen gemacht, die unterhalb der Schwelle eines Straftatbestands liegen: Belästigungen mit Worten, ungewollten Berührungen oder Anstarren. Die Belästigung zielt meistens auf das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung. Sie finden vor allem tagsüber auf der Strasse oder im öffentlichen Verkehr statt. Seit Mai 2021 sind 3.400 Meldungen eingegangen.

Damit das Projekt einen tatsächlichen Beitrag zu einem Wertewandel leistet, damit Prävention gelingen kann, ist ein breiter Strauss an Massnahmen zwingend. Das Meldetool wird sinnvollerweise von Sensibilisierungsmassnahmen begleitet.

Die Verschränkung der beiden Departemente – Präsidial- und Sicherheitsdepartement – ist für die Konzipierung und Umsetzung des Projekts zentral. Die gegenseitig eingebrachte Fachexpertise, Wissenszugänge, Zugängen zu Zielgruppen inner- und ausserhalb der Stadtverwaltung ergänzen sich und ermöglichen es, die Projektthemen aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten.

Die Fokussierung auf Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit ist sinnvoll, aber es ist wichtig, auch andere Diskriminierungsformen wie Ableismus und Rassismus zu berücksichtigen, da Mehrfachdiskriminierung viele Menschen betrifft.

Ebenso wichtig, ist die Nutzung von Synergien und die breite Abstützung des Projekts; d.h. eine breite Allianzpartnerschaft von Organisationen der Zivilgesellschaft und Organisationseinheiten der Stadtverwaltung, verschiedenen Betrieben, Institutionen wie auch anderen Städten und Kantonen. Nur so ist zu erreichen, dass die Botschaften und die Projektziele breit abgestützt sind.

Das Projekt wird bis Ende 2025 weitergeführt. Eine Evaluation wird zeigen, welche Erkenntnisse abschliessend gezogen werden können.



Abb. 6: Plakatserie, Zürich schaut hin

2.3 „Schule als sicherer Ort“

Muchtar Al Ghusain, Geschäftsbereichsvorstand Jugend, Bildung und Kultur



Muchtar Al Ghusain (©Moritz Leick, Stadt Essen)

In seinem Fachvortrag fasste der Geschäftsbereichsvorstand Jugend, Bildung und Kultur, Muchtar Al Ghusain, in der Plenumsstizung am 10.06.2025 den Ratsauftrag zur Konzepterstellung „Schule als sicherer Ort“ sowie die hieraus resultierenden ersten Umsetzungspakete zusammen.

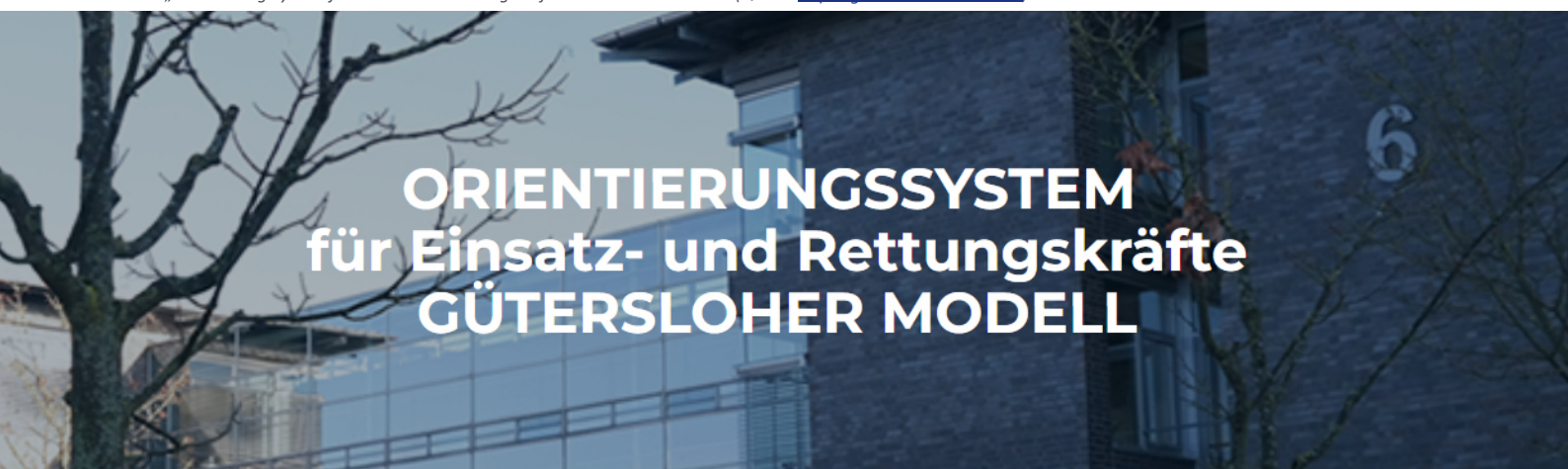
In der Umsetzung sollen insgesamt 14 Schulen mit Drehknebeln ausgestattet werden und die Außenbeschilderung soll angepasst werden. Für die Präventiv-pädagogische Umsetzung wurde in Grundschulen das bewährte Programm „Mein Körper gehört mir“ kostenfrei zur Buchung angeboten. Weiterhin sollen in im Jahr 2026 21 Schulen an Fortbildungen im Sinne der Gewaltprävention teilnehmen. Die Fortbildungen können eigenständig aus Programmen der „Grüne Liste Prävention“, welche von dem Landespräventionsrat Niedersachsen veröffentlicht und aktualisiert wird, auswählen.

Herr Al Ghusain führte aus, dass im Oktober 2025 eine Exkursion von Verwaltungsmitarbeiterinnen

und -mitarbeitern aus den Geschäftsbereichen 3, 4 und 7 nach Gütersloh stattgefunden hat, um sich das von der dortigen Polizeibehörde entwickelte und inzwischen in vielen Kommunen eingeführte Leit- und Orientierungssystem für öffentliche Gebäude, das sogenannte „Gütersloher Modell“, anzuschauen. Anhand einer einheitlichen und gut lesbaren Beschilderung ist es möglich, alle Sicherheits- und Notfallkräfte in Akutsituationen direkt durch die Leitstellen zu orientieren und gezielt, auch in unbekannten Gebäuden, zum Einsatzort zu führen. Die Beschilderung vor Ort soll nachleuchtend und kontrastreich sein, sodass diese schnell und im Krisenfall sofort erkennbar ist. Besonders zu erwähnen ist, dass auch Notausgänge von außen gekennzeichnet werden sollen, damit Einsatzkräfte diese nicht als Eingang verkennen.

Im Weiteren schilderte Herr Al Ghusain die Pläne zur Einführung einer Notfall-App. Dies soll zu einem schnelleren Austausch in Notlagen zwischen allen Betroffenen führen. Im Berufskolleg im Bildungspark und Studieninstitut Essen wurde bereits als Ad-hoc-Maßnahme eine Alarm App eingesetzt. Die App wurde unter Mithilfe der Fachbereiche 01-12, 40 und dem ESH so strukturiert, dass Notlagen über die App im beteiligten Personenkreis der Lehrer:innen und Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung im Bildungspark schnell über die iPads kommuniziert werden können. In den Kursräumen des Studieninstitutes wurde ein festes Tablet installiert, worüber Meldungen zu der Notlage eingehen oder abgesetzt werden können. Bei den Lehrerinnen und Lehrern wurde die App auf den dienstlichen iPads installiert. Zusätzlich wurde die Möglichkeit gegeben, die Applikation auf den privaten Endgeräten zu installieren, sodass die Möglichkeit zum Erhalt und Absenden eines Alarms auch mobil möglich ist.

Abb. 7: „Orientierungssystem für Einsatz- und Rettungskräfte -Gütersloher Modell-“ (Quelle: <https://guetersloher-modell.de>)



2.4 Großwohnsiedlungen im Wandel - Handlungsempfehlungen aus der Forschung für die Praxis

Vanessa Ziegler, Reicher Haase Assoziierte GmbH (RHA)

Vanessa Ziegler stellte in der Plenumssitzung des Kriminalpräventiven Rates Essen am 04.12.2025 ausgewählte Ergebnisse einer Untersuchung zu Großwohnsiedlungen im Wandel vor. Der Fokus lag dabei insbesondere auf Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der Quartiere.

Im Auftrag der Vonovia SE erarbeitete ein interdisziplinäres Team um Prof. Christa Reicher von der RWTH Aachen und Prof. Dr. Hannes Taubenböck vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) das Forschungsprojekt „Großwohnsiedlungen der Zukunft“. Dieses untersuchte Fragen von Wohnzufriedenheit und Image und entwickelte Handlungsansätze zur Weiterentwicklung der Siedlungen.

Großwohnsiedlungen entstanden in weiten Teilen Deutschlands bereits ab Anfang des 20. Jahrhunderts sowie später im Zuge des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit. In unterschiedlichen Phasen der Stadtentwicklung war die Großwohnsiedlung somit ein verbreiteter und beliebter Wohntypus. Dennoch setzte in vielen Siedlungen ab Anfang der 1970er Jahre ein Wandel ein, der insbesondere auf funktionale Defizite und eine veränderte Wahrnehmung der standardisierten Gebäude als zunehmend „anonym“ zurückzuführen ist. Heute werden die Siedlungen überwiegend als stigmatisiert wahrgenommen, was nicht zuletzt auch auf die negative mediale Berichterstattung zurückzuführen ist. Viele Bestände leiden zudem unter baulichen und gestalterischen Mängeln sowie fehlender Nutzungsmischung. Dies ruft Unsicherheitsgefühle und mangelnde soziale Kontrolle hervor, was zu einem Anstieg von Kriminalität führen kann.

Diese negative Außenwahrnehmung steht einer meist positiven und wertschätzenden Perspektive der Bewohner:innen gegenüber: Viele schätzen die Qualitäten der Siedlungen wie bezahlbare Mieten, die Grünraumversorgung, soziale Gemeinschaften und Netzwerke sowie die gute ÖPNV-Anbindung. Insbesondere lässt sich auch eine starke emotionale Bindung an die Siedlungen feststellen, die vor allem auch in langen Mietdauern zum Ausdruck kommen. Zugleich fällt auf, dass einige Siedlungen deutlich positiver wahrgenommen werden als andere: Die von Harry Glück entworfene und 1973 bis 1985 realisierte Siedlung Alterlaa in Wien etwa ist bekannt für die hohe Zufriedenheit und die entsprechend lange Warteliste für Neumieter:innen.



Vanessa Ziegler (@www.rha-planer.eu/team)

Ziele und Methodik des Forschungsprojekts

An dieser Diskrepanz zwischen Innen- und Außenwahrnehmung setzte das Forschungsvorhaben „Großwohnsiedlungen der Zukunft“ an. Ziel war es, zu untersuchen, durch welche konkreten physischen und funktionalen Faktoren die Wohnzufriedenheit und das Quartiersimage beeinflusst werden, um daraus Handlungsansätze für andere Siedlungen abzuleiten. Darüber hinaus wurden bereits umgesetzte Maßnahmen und Projekte exemplarisch in den Blick genommen und deren Übertragbarkeit untersucht.

Vier Großwohnsiedlungen in Köln, Kiel, Dresden und Wien wurden dazu mittels einer mehrstufigen Untersuchungsmethodik analysiert: Mit GIS-Analysen wurden physische sowie funktionale Faktoren (Dichte, Grün- und Verkehrsflächenanteil, Nutzungsmischung usw.) untersucht. Im Rahmen einer Befragung wurden zudem sozio-ökonomische und demographische Faktoren erhoben sowie insbesondere die subjektive Wahrnehmung von Bewohner:innen und Außenstehenden untersucht (Wohnzufriedenheit, Sicherheitsempfinden und nachbarschaftliche Einbettung). Ergänzende Interviews mit Schlüsselakteuren dienten dazu, die Aussagen zu vertiefen, zu reflektieren und in den übergeordneten stadtplanerischen Kontext zu setzen. Die Informationen aus beiden Ebenen – physisch/funktional und wahrnehmungsbezogen – wurden schließlich miteinander in Verbindung gesetzt, um entsprechende Korrelationen aufzudecken.



Abb. 8: Untersuchungsmethodik (Darstellung: V. Ziegler)

Einflussfaktoren auf Wohnzufriedenheit und Quartiersimage

Insgesamt zeigte die Untersuchung, dass sich die städtebauliche Gestalt auf Zufriedenheit und Image der Großwohnsiedlungen auswirkt. So konnte etwa festgestellt werden, dass Wohnzufriedenheit weniger von der Dichte selbst als von ihrer Gestaltung abhängt: In Wien-Alterlaa zeigt sich, dass Privatsphäre, Gemeinschaftsflächen und gute Freiraumgestaltung hohe Zufriedenheit auch bei großer Dichte ermöglichen. Die Balkone sind hier so angelegt, dass sie von den jeweils angrenzenden Wohnungen nicht direkt eingesehen werden können. Vielfältige gemeinschaftliche Infrastrukturen wie Schwimmbäder auf dem Dach, Vereins-

oder Begegnungsräume sowie eine Parkanlage mit unterschiedlichen Bewegungs- und Aufenthaltsangeboten laden hingegen zum Austausch ein und stärken das nachbarschaftliche Miteinander.

Insgesamt positiv wirken sich zudem kleinteilige Nutzungsmischung, ein hoher Anteil an Grünräumen und verkehrsarmer Flächen aus. Zudem konnte festgestellt werden, dass Sanierungs- und Aufwertungsmaßnahmen an Gebäuden (z.B. Fassadenerneuerung, Gestaltung von Eingangsbereichen) und Freiflächen (z.B. Platzgestaltung) zu deutlich höheren Zufriedenheitswerten sowie einem positiven Quartiersimage beitragen.

Handlungsempfehlungen

Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass gezielte Maßnahmen in den Siedlungen eine große Wirkung auf deren Wahrnehmung erzielen können. Eigentümer:innen und Vermieter:innen kommt somit eine besondere Verantwortung zu. Die Studie stellt dazu besonders geeignete Ansätze dar – einige Beispiele:

- Steigerung der Wohnqualität: regelmäßige Sanierungen und Instandsetzungen, Gestaltung von Hauseingängen, Anbau von Balkonen
- Ergänzung und Differenzierung des Wohnangebots: Schaffung vielfältiger Wohnangebote, Zusammenlegung kleiner Wohnungen für Familien

- Funktionale Ergänzungen: Schaffung von Einrichtungen der Nahversorgung sowie sozialer und kultureller Angebote für vielfältige Zielgruppen
- Freiraumgestaltung: Beseitigung/Vorbeugung von Vermüllung und Angsträumen, Anlage von Gemeinschaftsgärten
- Energetische Sanierung: Solaranlagen, Fassaden- und Dachbegrünung, Gebäudedämmung

Viele Großwohnsiedlungen sind bereits auf dem Weg zu lebenswerten, nachhaltigen Quartieren. Das Folgeprojekt „Atlas der Großwohnsiedlungen“ untersucht diesen Transformationsprozess systematisch und illustriert ihn mittels zahlreicher Best Practice Beispiele.

Weitere Informationen: <https://www.rha-planer.eu/projekte/grosswohnsiedlungen-der-zukunft/>

Abb. 9: Umgestaltung Pariser Platz, Köln-Chorweiler (Foto: V. Ziegler)



Berichte aus
den Fach-
gruppen

3

3 Berichte aus den Fachgruppen

Die kommunale Kriminalprävention ist geprägt von der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure. Im Kriminalpräventiven Rat Essen (KPR) werden daher nicht nur übergeordnete strategische Fragen in der Lenkungsgruppe beraten und im Plenum diskutiert, sondern auch konkrete Themen und Herausforderungen in verschiedenen Fachgruppen bearbeitet. Sie bringen Fachwissen und Perspektiven zusammen, entwickeln konkrete Maßnahmen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Präventionsarbeit in Essen.

Mit der Restrukturierung des KPR 2022 wurden vier neue Fachgruppen eingerichtet, die unmittelbar an die Mitglieder der Lenkungsgruppe angebunden sind: FG Senioren, FG Städtebauliche Kriminalprävention, FG Extremismus/Radikalisierung und FG Jugend. Sie greifen zentrale aktuelle Themen auf und berichten regelmäßig über ihre Arbeit und die erzielten Ergebnisse im Plenum des KPR.

Daneben gibt es in Essen bereits seit vielen Jahren zahlreiche weitere Fachgruppen, Arbeitskreise und

Gremien, die zu unterschiedlichen Themen Präventionsarbeit leisten. Auch sie sind ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Präventionslandschaft und tragen mit ihrer Arbeit dazu bei, konkrete Herausforderungen vor Ort aufzugreifen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Im Jahresbericht sollen daher nicht nur die „neuen“ Fachgruppen, sondern nach und nach auch diese etablierten Strukturen und ihre Arbeit vorgestellt werden.

Den Auftakt machen die kriminalpräventiven Maßnahmen in den Quartieren ([S. 30](#)). Als Netzwerke vor Ort stellen sie den lokalen Bezug der Präventionsarbeit her. Sie kennen die jeweiligen Besonderheiten und Bedarfe der Stadtteile und schaffen Räume für Begegnung und Austausch. Dabei beziehen sie Bürger:innen ebenso wie lokale Einrichtungen ein und haben so ein wichtiges „Ohr am Stadtteil“. In den kommenden Jahresberichten werden weitere Gremien vorgestellt, die unter dem Dach des KPR aktiv sind und mit ihrer Arbeit zur Sicherheit und Lebensqualität in Essen beitragen.



Abb. 10: Fachgruppen des KPR Essen (eigene Darstellung)

3.1 Fachgruppe Senioren

Der Geschäftsbereich 5 der Stadt Essen trägt innerhalb des kommunalen Präventionsmanagements Sorge für besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen. In den Jahren 2024 und 2025 stand die Arbeit im Kontext des Kriminalpräventiven Rates (KPR) im Zeichen einer Konsolidierung. Es wurde deutlich, dass viele Präventionsthemen bereits erfolgreich in den etablierten Fachstrukturen des Amtes für Soziales und Wohnen, des Gesundheitsamtes und des JobCenters Essen verankert sind. Daher hat sich die Rolle der Fachgruppe Senioren von einer operativen Steuerungseinheit hin zu einem begleitenden Austauschformat entwickelt, das die gut funktionierende Netzwerkarbeit der Regelstrukturen im KPR sichtbar macht. Struktur und organisatorischer Wandel

Die Fachgruppe Senioren setzt sich aus einer Vielzahl von Akteuren zusammen, um eine interdisziplinäre Perspektive auf die Sicherheit im Alter und bei Behinderung zu gewährleisten. Hierzu gehören Vertreter der AG Wohlfahrt, des Seniorenrates der Stadt Essen, der Polizei, der Staatsanwaltschaft sowie Fachkräfte aus dem Amt für Soziales und Wohnen (Seniorenreferat und Sozialplanung) und dem Jugendamt (Allgemeiner Sozialdienst).

Im Berichtszeitraum wurde die Erkenntnis gefestigt, dass die Erarbeitung von Präventionsthemen und deren operative Umsetzung zunehmend effizienter innerhalb dieser bestehenden Strukturen erfolgt. Anstatt der bisherigen quartalsweisen Sitzungen wurde daher ein Verfahren etabliert, bei dem wesentliche Fortschritte aus den Fachbereichen direkt in die Lenkungsgruppe des KPR berichtet werden. Dieser Schritt stellt keine Auflösung der Fachgruppe dar, sondern vielmehr eine Anpassung an die bereits geleitete Praxis der engen Vernetzung in der Stadtverwaltung.

Erweiterung des Fokus: Eingliederungshilfe

Ein wichtiger formaler Schritt war die Umbenennung der Fachgruppe in „Senioren und Eingliederungshilfe“. Damit wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass Kriminalprävention auch für Menschen mit Behinderungen eine hohe Relevanz besitzt. Berichte aus der polizeilichen Praxis verdeutlichen, dass die Viktimisierungsrate, also das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, bei Menschen mit Behinderungen signifikant höher liegt. Durch die namentliche Einbeziehung wird sichergestellt, dass dieser Personenkreis in den konzeptionellen Überlegungen der Stadt Essen zur Kriminalprävention dauerhaft mitgedacht wird.

Prävention in der digitalen Welt und mobile Hilfen

Die zunehmende Digitalisierung des Alltags stellt insbesondere ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger vor neue Herausforderungen, bietet aber auch neue Chancen für die Sicherheit.

App „Gut versorgt in Essen“

Die bereits 2022 eingeführte „Polizei-Kachel“ innerhalb der App wurde erfolgreich weitergeführt. Sie bietet einen niedrigschwelligen Zugang zu Notrufnummern, aktuellen Warnmeldungen und Informationen zur Verkehrs- und Kriminalprävention. Im Dialog mit dem Betreiber wurden Impulse aus der Fachgruppe zur barrierefreien Gestaltung und besseren Nutzbarkeit für Senioren eingebracht.

Notruf-App nora

Um Menschen mit eingeschränkten Sprach- und Hörfähigkeiten den direkten Kontakt zu den Leitstellen von Polizei und Feuerwehr zu ermöglichen, wurde die bundesweite Notruf-App „nora“ verstärkt beworben. Hierzu wurden Informationsmaterialien in den Sitzungen des Seniorenrates verteilt und die Vor- und Nachteile der App durch Experten der Feuerwehr Essen erläutert.

Ehrenamtliche Unterstützung

In den Zentren 60plus hat sich ein wertvolles Angebot etabliert, bei dem Ehrenamtliche Senioren dabei helfen, verdächtige Nachrichten (z. B. WhatsApp-Betrug) auf ihren Smartphones zu prüfen und Tipps zum sicheren Umgang damit geben.

Bekämpfung von Trickbetrug und Opferschutz

Kriminalitätsphänomene wie der „falsche Polizeibeamte“, die „Wasserwerker-Methode“ oder Betrugsversuche via WhatsApp sind nach wie vor präsent. Weiterhin ist eine Kombination aus Information, persönlicher Ansprache und Kooperation mit der Polizei der beste Weg, um präventiv Straftaten entgegen zu wirken.

Polizeiliche Aufklärung

Die präventive Arbeit der Polizei Essen bildet hierbei eine wichtige Säule. Hierbei werden Opfer sowie potenziell Gefährdete mit zielgerichteten Informationsmaterialien versorgt. Eine umfangreiche Vortragsreihe zum Thema Trickbetrug, die bereits 2017 startete, erreichte Anfang 2024 das Jubiläum des 250. Vortrags.

Broschüre „Klüger gegen Betrüger“

Diese wichtige Informationsquelle wurde mit Unterstützung der Sparkasse Essen neu aufgelegt. Da das bloße Auslegen in öffentlichen Einrichtungen oft nicht ausreicht, wird verstärkt auf die persönliche Ansprache gesetzt. Die Broschüre ist auch [online abrufbar](#).



Abb. 11: Broschüre „Klüger gegen Betrüger“ (Quelle: Polizei NRW)

Kombinierte Präsenz

Ein bewährter Ansatz ist die proaktive Ansprache der Bürgerinnen und Bürger an Markttagen durch die gemeinsame Nutzung des Bürgerbusses und der Mobilen Wache der Polizei. Auch die Platzierung von Flyern im Bürgermobil, das Pass- und Auslandsdienstleistungen im Stadtteil anbietet, wird als sinnvolle Ergänzung genutzt.

Im Rahmen des Projekts CESA der Kommission Organisierte Kriminalität (KOK) zur Bekämpfung von Callcenterbetrug, Einzeltrick und Schockanruf fand vom 10. bis 14. November 2025 eine bundesweite Themenwoche zu Schockanrufen statt. In den Zentren 6oplus wurden Plakate und Warnkarten verteilt.

Das Modell der Verbraucherscouts

Ein innovativer Ansatz in der Präventionsarbeit ist das Modell der „Verbraucherscouts“ in Kooperation mit der Verbraucherzentrale NRW. Hierbei informieren ehrenamtlich tätige Senioren andere Senioren über aktuelle Gefahren wie Phishing-Mails oder betrügerische Verkaufsmaschen (Peer-to-Peer-Beratung). Diese Form der Kommunikation auf Augenhöhe wird als besonders wirkungsvoll erachtet. Die Verbraucherscouts wurden im März 2025 zu einem Vortrag in den Seniorenrat der

Stadt Essen eingeladen. Darüber hinaus informiert die Verbraucherzentrale regelmäßig im Seniorenrat über aktuelle Betrugsmaschen und Fake-Informationen, um die Mitglieder zeitnah über neue Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Kommunale und quartiersbezogene Kriminalprävention

Der Kriminalpräventive Rat der Stadt Essen koordinierte auch 2025 verschiedene Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit im Stadtgebiet, von denen ältere Menschen als wichtige Zielgruppe profitierten. Die sozialraumorientierte Kriminalprävention in den Quartieren, wie etwa die Arbeit des Stadtteilbüros BlickPunkt 101, wurde erfolgreich fortgeführt.

Im Horst-Radtke-Haus (AWO Essen) im Stadtbezirk V sind verschiedene Beratungsangebote unter einem Dach zugänglich – unter anderem das Zentrum 6oplus international und auch kriminalpräventive Angebote für ältere Menschen.

Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen

Die Kriminalprävention ist ein fester Bestandteil der öffentlichen Wahrnehmung des Geschäftsbereichs 5. Besonders hervorzuheben ist die „Woche der älteren Generation“, die im Jahr 2025 vom 16. bis 22. Juni stattgefunden hat. Neben der zentralen Eröffnung im Ratssaal gab es zahlreiche Aktionen in den Stadtteilen und den Zentren 6oplus, bei denen Sicherheitsthemen eine prominente Rolle gespielt haben. Die Zentren 6oplus bieten darüber hinaus regelmäßig Vorträge zu Cyberkriminalität, Trickbetrug und Selbstbehauptungskurse an. Auch Netzwerke wie das SeniorenNetzwerk Stoppenberg engagieren sich hierbei vorbildlich mit Informationsreihen für ihre Mitglieder.

Fazit und Ausblick

Die Kriminalprävention für Senioren und Menschen mit Behinderungen ist in Essen kein isoliertes Projekt, sondern eine gelebte Querschnittsaufgabe. Die Fachgruppe hat sich erfolgreich in eine begleitende Rolle zurückgezogen, die den Austausch zwischen den hochspezialisierten Regelstrukturen koordiniert.

Für das Jahr 2026 ist geplant, die erfolgreichen Angebote fortzusetzen und bei Bedarf an neue Entwicklungen und Betrugsmaschen anzupassen. Die enge Verzahnung der verschiedenen Akteure wird weiter gestärkt, um die Sicherheit und Lebensqualität der Essener Seniorinnen und Senioren zu erhöhen.

3.2 Fachgruppe Städtebauliche Kriminalprävention

„Städtebauliche Kriminalprävention“ - vom architektonischen Konzept zu einem integrierten Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung

Die städtebauliche Kriminalprävention hat sich in den vergangenen Jahren sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene kontinuierlich weiterentwickelt. Während in der Vergangenheit vor allem bauliche Maßnahmen zur Reduzierung von Tatgelegenheiten im Mittelpunkt standen, wird Sicherheit heute zunehmend als Bestandteil einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung verstanden.

Ziel ist es, öffentliche Räume so zu gestalten, dass sie sowohl die objektive Sicherheit erhöhen als auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken. Grundlage bleibt das international etablierte Konzept Crime Prevention Through Environmental Design (CPTED). Die klassischen Handlungsprinzipien – natürliche soziale Kontrolle, klare Raumstrukturen, Zugangskontrolle, Pflege des Wohnumfeldes sowie Identifikation der Nutzenden mit ihrem Quartier – bilden weiterhin den fachlichen Rahmen. Gleichzeitig wird dieser Ansatz um weitere Aspekte wie soziale Teilhabe, Klimaanpassung, Gesundheit, Barrierefreiheit und urbane Resilienz ergänzt.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit gewinnt an Bedeutung

Die kommunale Kriminalprävention versteht städtebauliche Sicherheit zunehmend als gemeinsame Aufgabe verschiedener Fachdisziplinen. Stadtplanung, Polizei, Bauverwaltung, Wohnungswirtschaft, Sozialplanung sowie kommunale Präventionsgremien arbeiten heute deutlich enger zusammen als noch vor wenigen Jahren. Sicherheitsaspekte werden bereits in frühen Planungs- und Entwicklungsprozessen berücksichtigt und fließen verstärkt in integrierte Stadtentwicklungskonzepte ein. Kommunale Präventionsgremien übernehmen hierbei vielfach eine koordinierende Funktion. Sie fördern den fachübergreifenden Austausch, unterstützen die Entwicklung gemeinsamer Präventionsstrategien und tragen dazu bei, kriminalpräventive Belange frühzeitig in kommunale Planungsprozesse einzubringen. Diese Zusammenarbeit verbessert die Abstimmung zwischen den beteiligten Institutionen und ermöglicht nachhaltige Lösungen für lokale Sicherheitsfragen.

Städtebauförderung als Instrument der Kriminalprävention

Eine wesentliche Entwicklung der vergangenen Jahre ist die stärkere Verknüpfung von Städtebauförderung und Kriminalprävention. Maßnahmen



zur Aufwertung öffentlicher Räume, zur Verbesserung der Beleuchtung, zur Beseitigung sogenannter Angsträume oder zur Aktivierung brachliegender Flächen können im Rahmen integrierter Stadtentwicklungsmaßnahmen gezielt zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen.

Dabei steht nicht ausschließlich die Vermeidung von Straftaten im Vordergrund. Ebenso wichtig sind die Steigerung der Aufenthaltsqualität, die Förderung sozialer Begegnungen sowie die Stärkung der Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Wohnumfeld. Sicherheit wird damit zunehmend als Qualitätsmerkmal lebenswerter Städte und Gemeinden verstanden.

Evidenzbasierte Prävention und Digitalisierung

Die wissenschaftliche Fundierung städtebaulicher Kriminalprävention gewinnt kontinuierlich an Bedeutung. Kommunen nutzen zunehmend kriminalgeografische Analysen, Sicherheitsaudits sowie Geoinformationssysteme, um Problemlagen frühzeitig zu erkennen und Präventionsmaßnahmen zielgerichtet zu planen. Ergänzend kommen digitale Stadtmodelle und datenbasierte Planungsinstrumente zum Einsatz, mit deren Hilfe sich Auswirkungen geplanter baulicher Veränderungen bereits im Vorfeld bewerten lassen. Diese Entwicklung unterstützt eine stärkere Orientierung an nachweisbaren Wirkungen kriminalpräventiver Maßnahmen und trägt dazu bei, vorhandene Ressourcen effizient einzusetzen. Gleichzeitig bleiben Datenschutz, Transparenz und eine verantwortungsvolle Nutzung digitaler Anwendungen wesentliche Voraussetzungen für deren Akzeptanz.

Verknüpfung von Klimaanpassung und Sicherheitsplanung

Zunehmend werden Maßnahmen der Klimaanpassung mit kriminalpräventiven Zielsetzungen verbunden. Grünanlagen, multifunktionale Freiräume, klimaangepasste Plätze oder attraktive Aufenthaltsbereiche leisten nicht nur einen Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas, sondern fördern zugleich soziale Interaktion und informelle soziale Kontrolle. Damit entstehen öffentliche Räume, die sowohl den Herausforderungen des Klimawandels als auch den Anforderungen einer präventiven Sicherheitsgestaltung gerecht werden.

Von der Kriminalprävention zur urbanen Resilienz

Auf europäischer Ebene wird der Handlungsansatz kontinuierlich erweitert. Neben der Prävention von Alltagskriminalität gewinnen Themen wie der Schutz kritischer Infrastrukturen, die Bewältigung

komplexer Krisenlagen, die Folgen des Klimawandels sowie die Widerstandsfähigkeit urbaner Räume an Bedeutung. Europäische Sicherheitsstrategien verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, der Prävention, Stadtentwicklung und Krisenvorsorge miteinander verbindet.

Für die städtebauliche Kriminalprävention ergeben sich daraus neue Anforderungen. Sicherheitsfragen sind heute verstärkt im Zusammenhang mit Mobilität, Digitalisierung, Klimaanpassung und sozialem Zusammenhalt zu betrachten. Der integrierte Ansatz trägt dazu bei, öffentliche Räume sicherer, lebenswerter und widerstandsfähiger zu gestalten und damit die Lebensqualität der Bevölkerung langfristig zu stärken.

Projekt „Insight Bergmannsfeld“

Das Projekt „Insight Bergmannsfeld“ – Einblicke in subjektive Sicherheit im öffentlichen Raum – der interdisziplinär zusammengesetzten Fachgruppe Städtebauliche Kriminalprävention begann 2022. Ziel des Projektes ist es, die Diskrepanz zwischen objektiv niedriger Kriminalitätsbelastung und subjektiv hoher Unsicherheit systematisch zu verstehen: durch die Erhebung objektiver und subjektiver Sicherheitslagen, durch die aktive Einbindung der Bewohnenden und durch einen interdisziplinären Prozess, der städtebauliche, soziale und kriminalpräventive Perspektiven miteinander verbindet. In den Jahren 2022/2023 wurden die räumlichen und funktionalen Probleme und Handlungsbedarfe in der Großbausiedlung Bergmannsfeld in Essen-Freienbruch mit Hilfe der Toolbox Insight erfasst (vgl. hierzu Kapitel 3.1, Jahresbericht KPR 2022/2023). Auf dieser Grundlage wurden in 2024 sechs übergeordnete Handlungsfelder abgeleitet, die die zentralen Herausforderungen und Entwicklungsbedarfe des Quartiers widerspiegeln.



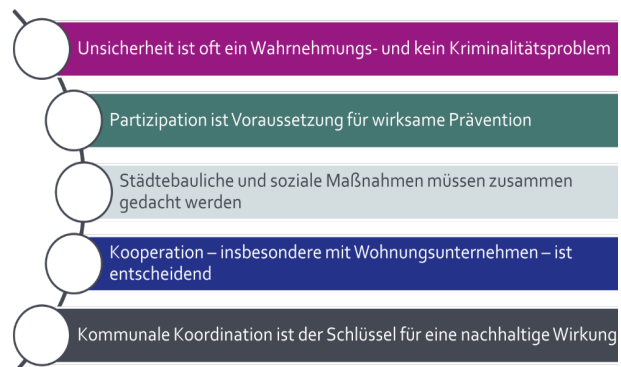
Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf dem Mangel an konsumfreien Aufenthalts- und Freizeitmöglichkeiten. Das Fehlen entsprechender Angebote begünstigt Gruppenbildungen und Aktivitäten im öffentlichen Raum, die sich negativ auf das Sicherheitsempfinden auswirken. Darüber hin-

aus wurden die Gestaltung und Pflege von Freiflächen, die Verbesserung der Nahversorgung und Beleuchtung, die Ausbesserung der Wege- und Straßeninfrastruktur sowie das Müllmanagement als weitere relevante Handlungsfelder benannt.

Diese sechs Handlungsfelder wurden anschließend im Rahmen von zwei durch die Fachgruppe initiierten Workshops sowie vier Runden Tischen unter der Leitung des Oberbürgermeisters in konkrete Maßnahmen übersetzt. Der Runde Tisch Bergmannsfeld war hierbei eine unmittelbare Reaktion auf die Silvesterkrawalle 2023. An den Workshops nahmen weitere kommunale Expert:innen, Vertretende der vor Ort tätigen präventiven Netzwerke sowie die im Bergmannsfeld vertretenen Wohnungsbaugesellschaften teil; weiterhin wurden die Workshops wissenschaftlich begleitet. Resultierend aus den Workshops und Runden Tischen unter Berücksichtigung erneuter Beteiligungsprozesse mit Bewohnenden wurden Maßnahmenpakete „geschnürt“, für deren Umsetzung unterschiedliche Akteure verantwortlich sind. Wichtig dabei: Es gibt Quick Wins, z.B. massiver Grünschnitt, ebenso wie langfristige Maßnahmen. Mittelfristig wird als konsumfreies Freizeitangebot eine Calisthenics Anlage errichtet; Baubeginn: Mitte 2026.

Die planerischen Vorarbeiten für die Trendsportanlage auf dem ehemaligen Fußballplatz Bergmannsbusch sollen ebenfalls in 2026 beginnen. Die Schaffung eines Quartiersmittelpunktes im Bereich der heutigen Ladenpassage wird dagegen ein eher langfristiges Ziel sein welches aber von kommunalen Beteiligten mit großem Engagement weiterverfolgt wird. Vertiefende Ausführungen zu dem Gesamtprojekt finden Sie im [Abschlussbericht „Insight Bergmannsfeld“](#).

Auch wenn das Projekt formal abgeschlossen ist, wird die Fachgruppe die weitere Umsetzung der Maßnahmen begleiten und koordinierend tätig bleiben. Für zukünftige Projekte kann festgehalten werden:



Projekt „Integriertes Sicherheitskonzept gegen Überfahrtaten in der Innenstadt“

Auch dieses Projekt wurde in den Jahren 2024 und 2025 intensiv weiterbearbeitet. Die seitens der extra gebildeten Projektgruppe erarbeiteten Vergabeunterlagen wurden finalisiert und das geeignete Vergabeverfahren festgelegt. Da es sich teilweise um streng vertrauliche Unterlagen handelt, wurde ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Die interessierten Bieter mussten dabei eine strafbewährte Verschwiegenheitsverpflichtung unterzeichnen. Den Zuschlag erhielt ein national und international zertifiziertes Sachverständigenbüro mit umfangreichen, einschlägigen Referenzen.

Der sogenannte „Grundschutz“ für die Gesamtschutzzone wurde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie und auf dem Arbeitslevel eines „Zufahrtsschutzvorkonzeptes“ erarbeitet. Hierbei haben die Sachverständigen gemeinsam mit der Projektgruppe die vordefinierte Gesamtschutzzone optimiert und in zehn einzelne Schutzzonen unterteilt, die sowohl separat als auch gemeinsam aktivierbar sind. Des Weiteren wurde die „Zielattraktivität“ bestimmt und die unterschiedlichen Schutzoptionen beurteilt sowie die daraus resultierenden Maßnahmen abgeleitet. Darüber hinaus wurden für mehrere Veranstaltungsflächen ein Zufahrtsschutzvollkonzept erarbeitet. Die Schlussdokumentation stand zum Jahresende 2025 noch aus.

Nach einem abgeschlossenen Projekt ist vor einem Neuen - Projekte der FG städtebaulichen Kriminalprävention 2026/27

Als ein interdisziplinäres Projekt im Rahmen des integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK) „Zukunft.Essen.Innenstadt“ wird die Fachgruppe sich mit der Erstellung eines integrierten Lichtkonzeptes zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Innenstadt beschäftigen. Das zweiphasige Projekt umfasst zum einen in einem partizipativen Prozess die Analyse der aktuellen Situation und darauf aufsetzend die Erstellung einer Rahmenkonzeption.

Im Rahmen eines zweiten Projektes wird die Fachgruppe sich mit der Situation auf und rund um den Parkplatz „Kleine Stoppenberger Straße“ beschäftigen. Auch hier gilt es mit kurzfristigen städtebaulichen Maßnahmen den Missständen zu begegnen und durch nachfolgende Aktionen der Präventionspartner die Situation langfristig zu stabilisieren, so dass ein weiterer Angstraum verschwindet.

3.3 Fachgruppe Extremismus/Radikalisierung

Die Fachgruppe Radikalisierung und Extremismus hat zwischen 2024 und 2025 an insgesamt sechs Sitzungsterminen getagt. Mit dem etablierten Akteur:innenkreis aus Polizei, Stadt, Wohlfahrts- und Jugendhilfeakteuren, Interessenvertretungen sowie Sport und Zivilgesellschaft ist die Fachgruppe weiterhin breit aufgestellt und in der städtischen Akteur:innenlandschaft fest verankert. Lediglich der Fußballverein Rot-Weiß Essen ist nach dem Ausscheiden des Fanbeauftragten nicht mehr vertreten; das ebenfalls bei RWE verortete AWO-Fanprojekt nimmt nach wie vor teil.

In 2024/25 stellten sich der Fachgruppe zwei zentrale neue Herausforderungen. Zum einen schlugen sich seit Ende 2023 der Hamas-Angriff auf israelische Zivilist:innen am 7. Oktober und seine Folgen mit teils hoch emotional geführten Diskussionen besonders in den Schulen und Jugendeinrichtungen der Stadt nieder. Zum anderen trat u.a. in Essen mit Jugendgruppen wie „Jung und Stark“ neue Gruppierungen auf, die sich mit rechtsextremistischem Gedankengut identifizieren und gezielt Mitglieder unter Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren umwerben. Öffentlich machten sie vor allem durch das Agitieren gegen Angehörige der LSBTI*-Szene und das queere Straßenfest „ruhrPRIDE“ auf sich aufmerksam. In dieser für alle Akteur:innen herausfordernden Gemengelage hat sich die Fachgruppe in den Jahren 2024 und 2025 vor allem dem Austausch zu aktuellen Ereignissen, Themen und Herausforderungen, der Koordination der Präventionslandschaft sowie der Projektarbeit gewidmet.

Koordination der Präventionslandschaft

Die Prävention von Radikalisierung und Extremismus wird weithin als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe betrachtet. In der Folge ist auch die Förderung spezifischer Präventionsprojekte auf viele verschiedene Schultern verteilt, die vornehmlich in Behörden und bei Nichtregierungsorganisationen verortet sind. Leider bringt die Logik dieser befristeten Förderung eine kontinuierliche Fluktuation in der Präventionslandschaft mit sich: So sind allein in 2025 in Essen mit den „Partnerschaften für Demokratie“ und dem Projekt „Wegweiser“ zwei zentrale Präventionsangebote in neue Trägerschaften überführt worden. Der stetige Wandel in der Akteur:innenstruktur konstituiert damit die Netzwerkkoordination als eine eigene Herausforderung in der kommunalen Radikalisie-

rungs- und Extremismusprävention. In der Fachgruppe konnten die Wechsel in der Präventionslandschaft fortlaufend nachgehalten werden, und die Einbindung neuer Akteur:innen in die lokalen Netzwerkstrukturen ist schnell und zielführend erfolgt.

Projekte

„HasiFa - Handlungssicherheit für Fachkräfte“

Die aus dem Projekt „HasiFa - Handlungssicherheit für Fachkräfte“ der Fachgruppe hervorgegangene Übersichtsbrochure „Angebote zur Prävention von Radikalisierung und Extremismus in Essen – Beratung, Intervention, Fortbildung“ wurde 2024 fertiggestellt. Die Broschüre informiert vor allem Lehr- und Fachkräfte über verschiedene Radikalisierungsphänomene und vermittelt lokale Ansprechpartner:innen zur präventiven Demokratieförderung, Situationseinschätzung bei ersten Verdachtsmomenten, Interventionsplanung und Ausstiegsberatung für Schule und Jugendhilfe. Seit 2025 ist die Broschüre in digitaler Form sowie begrenzt als Printexemplar verfügbar. Sie kann über die Mitglieder der Fachgruppe, die polizeiliche Kriminalprävention und die Strategische Stabsstelle kommunale Kriminalprävention und urbane Sicherheit bezogen oder unter dem folgenden QR-Code abgerufen werden:



„Mensch.Essen“

Das 2023 in der Fachgruppe von Rot-Weiss Essen angestoßene und verantwortete Kooperationsprojekt „Mensch.Essen“ hatte zum Ziel, gemeinsam mit Stadtverwaltung und Polizei demokratische Einstellungen insbesondere in der jungen Fanszene zu fördern und gegen Rechtsextremismus im Stadion wirksam zu werden. Nach dem Ausscheiden des federführenden Fanbeauftragten verfolgt RWE das Projekt augenscheinlich nicht mehr.

Israelbezogener Antisemitismus in der Folge des 7. Oktober

In der Folge der Angriffe der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023 und der daran anschließenden Vergeltungsmaßnahmen der israelischen Regierung wurden die Auseinandersetzungen in Israel / Palästina erneut weltweit Tagesthema. Auch in Essen wurde das Thema in

der breiten Bevölkerung, aber auch in Schulen und Jugendeinrichtungen relevant – nicht zuletzt, weil in einigen Familien mit Bezügen in arabische und muslimische Herkunftsländer Nachrichtenportale wie Al-Jazeera eine andere Lesart der Realität und vielfach direkte Betroffenheit vermitteln. Auch in den Sozialen Medien wurden die israelischen Vergeltungsmaßnahmen von Influencer:innen, die eine antidemokratische Lesart des Islams vertreten, aufgegriffen und als Anlass für antisemitische Hassreden genommen. In Jugend- und Bildungseinrichtungen, aber auch unter Erwachsenen, sorgten die gegenseitigen Angriffe für Diskussionen. So berichteten Mitglieder der Fachgruppe immer wieder, dass schon aus Kindergärten und Grundschulen Anfragen wegen antisemitischer Parolen gekommen seien und dass Kinder und Jugendliche teilweise angehalten würden, in der Schule nicht über die Gespräche und Mediennutzung zu Hause zu sprechen. Parallel verstärkten sich auch Anfeindungen gegen muslimische Einrichtungen und Moscheen.

Rechtsextremismus in Essen

Eine neue Qualität

Die Ämter für Verfassungsschutz berichten in den letzten zwei Jahren von einer deutlichen Zunahme der Aktivitäten und Straftaten im Bereich des Rechtsextremismus auf Länder- wie auf Bundesebene. Bundesweit haben sich unter Namen wie „Deutsche Jugend Voran“, „Elblandrevolte“, „Rheinlandbande“ oder, wie in Essen, „Jung und Stark“ neue rechte Gruppierungen gegründet, die über die Sozialen Medien gezielt sehr junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren anwerben, über-regional vernetzen und zu konkreten Aktionen und Demonstrationen auf die Straße bringen. Diese Entwicklung wird auch von den Fachakteur:innen in Essen wahrgenommen. Hier hat sich die Situation im Rechtsextremismus nach Einschätzung der Fachkräfte im gesamten Stadtgebiet in den letzten zwei Jahren deutlich verschärft, und aus den Schulen werden immer wieder Unterstützungsbedarfe formuliert. Aufgabe der Fachgruppe ist es hier, einen kontinuierlichen interdisziplinären Informationsfluss aufrechtzuerhalten und die Essener Fach- und Beratungskräfte über die aktuelle Entwicklung zu informieren, damit Warnzeichen in Schule und Jugendhilfe rechtzeitig erkannt und Unterstützungs- und Beratungsanfragen an die entsprechenden Ansprechpartner:innen gesteuert werden können.

Störung des „ruhrPride“

Schon seit über 20 Jahren findet in Essen unter dem Titel „ruhrPRIDE“ jeden Sommer das größte, queere Straßenfest im Ruhrgebiet statt. Beginnend mit dem Jahr 2024 kam es im Umfeld der Veranstaltung zu koordiniertem Störgeschehen durch die rechte Szene, die mit entsprechendem Auftreten ein teils massives Bedrohungsgefühl unter den Teilnehmenden hervorrief. Durch starke Präsenz von Polizei und ASD vor Ort konnte die Situation kontrolliert werden. Diese Vorfälle reißen sich ein in ähnliche Vorgehensweisen der Sympathisanten der neuen rechten Gruppierungen im Umfeld von „Jung und Stark“, die insbesondere gegen politische Gegner wie die LSBTI*-Szene und linke Parteien und Gruppierungen aktiv werden.

„Die Heimat“ in Kray

In der Marienstraße 66a in Kray befindet sich bereits seit 2012 die Landeszentrale der Partei NPD, inzwischen umbenannt in „Die Heimat“. Der Landesvorsitzende Claus Cremer hat die Örtlichkeit „unser nationales Zentrum“ genannt. 2025 wurden hier monatlich „Offene Abende“ der Partei-Jugendorganisation Heimatjugend West abgehalten, die augenscheinlich der Zusammenkunft, der Koordination und auch der Anwerbung von interessierten jungen Menschen dienen. Im Umfeld der „Offenen Abende“ fanden regelmäßig Demonstrationen der rechten Szene und Gegendemonstrationen aus dem linken und bürgerlichen Spektrum statt. Seit Dezember 2025 ist die Nutzung der Räumlichkeiten wegen baulicher Mängel untersagt, das Demonstrationsgeschehen setzt sich jedoch fort.

Aktuelle Situation in Borbeck

Der Stadtteil Borbeck ist schon seit längerer Zeit immer wieder Schwerpunkt der rechten Szene: hier demonstrierten bereits 2023 die „Ruhrpottlöwen“ unter Beteiligung von Reichsbürgerszene, Querdenkern und NPD, und hier konnte 2022 der rechts-extrem motivierte Anschlag auf das Don-Bosco-Gymnasium in letzter Minute vereitelt werden. Und ebenfalls hier hatte sich im Sommer 2025 in der Dubois-Arena ein Treffpunkt der rechtsextremen Szene etabliert, der auch von jungen Menschen (14-18) stark frequentiert wurde. Durch einen hohen behördlichen Kontrolldruck konnte dieser Treffpunkt aber zeitnah aufgelöst werden. In Borbeck berichten allerdings Fachkräfte, dass auch die weiterführenden Schulen vermehrt über Vorkommnisse im Zusammenhang mit Rechtsextre-

mismus klagen. Mitglieder der Fachgruppe haben hier im Kontakt mit den Schulen vor Ort ihre Aktivitäten koordiniert und verstärkt, insbesondere im Bereich der Fortbildung von Lehr- und Fachkräften und der Schulentwicklung.

Ausblick 2026 / 2027

Ein thematischer Schwerpunkt soll im nächsten Jahr im Themenbereich Soziale Medien gesetzt werden. Soziale Medien prägen massiv das Meinungsbild von Kindern und Jugendlichen. Sie haben großen Anteil an individuellen Radikalisierungsverläufen und haben sich in den letzten Jah-

ren zum bevorzugten Kommunikations- und Akquisemedium insbesondere der rechten Szene entwickelt. Gleichzeitig berichten Fachkräfte aus Prävention und Pädagogik große Unsicherheiten in Bezug auf umsetzbare Handlungs- und Präventionsansätze.

Ein weiteres Thema soll die stärkere thematische Vernetzung mit dem Bereich Kultur und Bildung sein. Die Fachgruppe sieht hier großes Potential und plant deshalb, 2026 den fachspezifischen Austausch mit der Kultur- und Bildungslandschaft in den Blick zu nehmen.

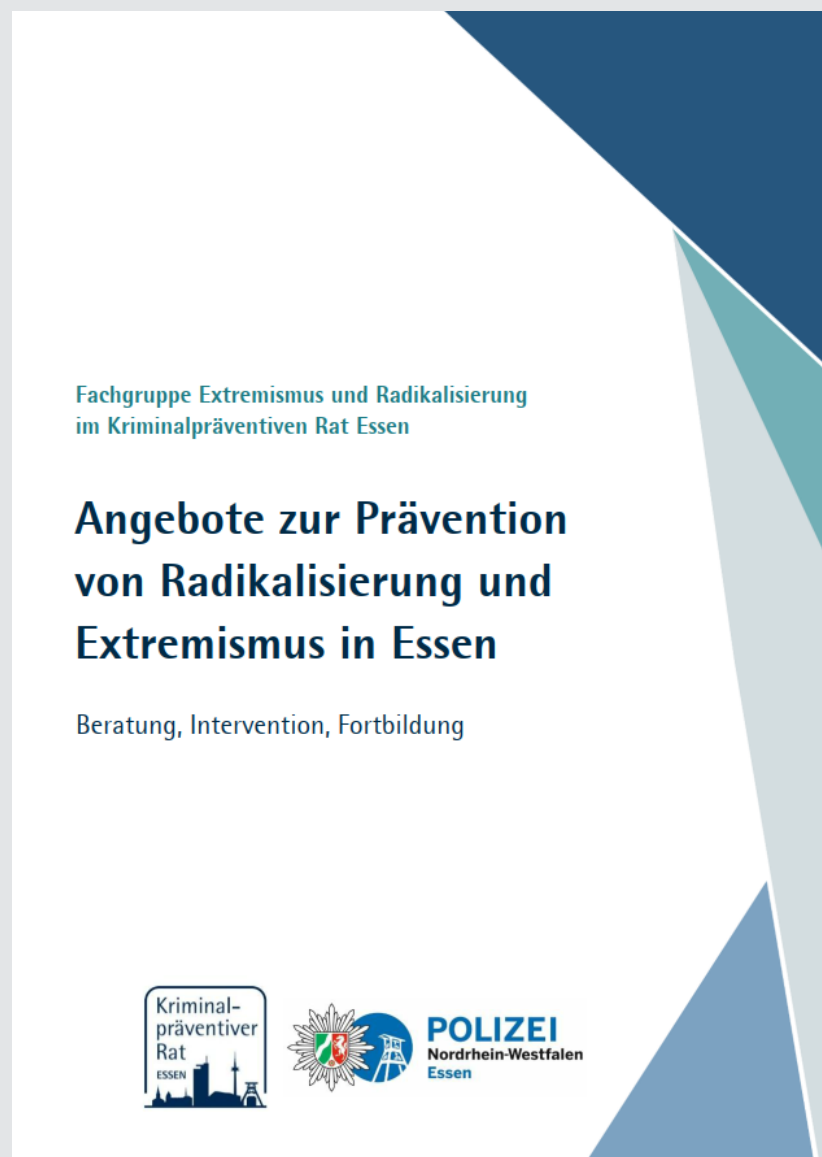


Abb. 13: Broschüre „Angebote zur Prävention von Radikalisierung und Extremismus in Essen“

3.4 Fachgruppe Jugend

Ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit der Fachgruppe Jugend im Kriminalpräventiven Rat bleibt die Umsetzung des Ratsauftrages „Schule als sicherer Ort“. Der Rat der Stadt Essen hatte die Verwaltung am 26. Juni 2024 beauftragt, ein Umsetzungskonzept zu entwickeln, das verbindliche und transparente Grundlagen für sichere Lern- und Arbeitsorte an Essener Schulen schafft. Das Konzept verfolgt dabei zwei wesentliche Zielrichtungen: Zum einen die Verbesserung der technisch-baulichen Sicherheit an Schulen, zum anderen die Stärkung präventiver pädagogischer Angebote.

Die Fachgruppe Jugend des Kriminalpräventiven Rates übernahm die Steuerung des Erarbeitungsprozesses. Hierzu wurden im September 2024 zwei thematische Unterarbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit den Schwerpunkten „Technik“ und „Prävention“ befassten. Die Ergebnisse wurden im Dezember 2024 vorgestellt und anschließend zu einem Gesamtkonzept zusammengeführt.

Die Unterarbeitsgruppe „Technik“ entwickelte Handlungsempfehlungen für unterschiedliche Gefährdungslagen wie Vandalismus, Einbruch, Brandstiftung, das Eindringen schulfremder Personen, Gewalttaten oder Amoklagen. Im Mittelpunkt standen einheitliche Leitlinien für bauliche Sicherheitsstandards, Alarmierungs- und Orientierungssysteme, Sichtschutz sowie Verbesserungen bei Beschilderung, Beleuchtung und Schließsystemen. Gleichzeitig wurde deutlich gemacht, dass bauliche Maßnahmen zwar ein hohes Maß an Sicherheit schaffen können, jedoch keinen vollständigen Schutz vor allen denkbaren Gefährdungen gewährleisten. Für Neubauten ist daher vorgesehen, Sicherheitsberater frühzeitig in die Planungen einzubeziehen.



Abb. 14: Einheitliches Orientierungssystem (©2026 Orientierungssystem Gütersloher Modell)

Die Unterarbeitsgruppe „Prävention“ legte den Fokus auf vorbeugende Maßnahmen und grenzte diese bewusst von akuten Interventionsmaßnahmen ab. Schwerpunkte bilden die Primärprävention im Unterricht, die stärkere Einbindung außerschulischer Kooperationspartner sowie die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler selbst. Dazu wurden bereits Bezirksschülervertretungen befragt; eine stadtweite Online-Befragung soll weitere Erkenntnisse über die Bedarfe junger Menschen liefern.

Nachdem der Rat der Stadt Essen das Umsetzungskonzept am 2. Juli 2025 beschlossen hatte, begann die Verwaltung mit der Umsetzung erster Maßnahmenpakete. Diese umfassen sowohl baulich-technische als auch präventiv-pädagogische Maßnahmen. Die vollständige Umsetzung ist bis etwa 2030 vorgesehen. Die Pilotphase konzentriert sich zunächst auf ausgewählte Schulen. Ein Schwerpunkt der kommenden Jahre wird insbesondere die Einführung moderner Schließsysteme sein.

Der durch ein hohes Medienecho begleitete Messerangriff am Berufskolleg im Bildungspark am 5. September 2025 verlieh der Umsetzung zusätzliche Dringlichkeit. Der Vorfall machte deutlich, dass die im Konzept vorgesehenen Maßnahmen zwar grundsätzlich richtig sind, ihre Umsetzung jedoch beschleunigt und teilweise weiterentwickelt werden müssen. Zudem zeigte sich, dass Sicherheitskonzepte künftig nicht nur den Schulstandort selbst, sondern auch das schulische Umfeld sowie weitere städtische Einrichtungen berücksichtigen müssen.

Als Reaktion beschloss der Verwaltungsvorstand am 28. Oktober 2025 unter der Federführung von Muchtar Al Ghusain, Geschäftsbereichsvorstand Jugend, Bildung und Kultur, die Einrichtung der Projektgruppe „Notfallsysteme im Geschäftsbereich 4“. Sämtliche Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung sind in die Projektsteuerung eingebunden, um einen umfassenden Informations- und Erfahrungsaustausch sicherzustellen. Inzwischen arbeiten sechs Teilprojektgruppen an den identifizierten Handlungsfeldern. Die Umsetzung erfolgt zunächst pilotweise an einem Schulstandort und wird anschließend schrittweise auf weitere Schulen sowie weitere Einrichtungen des Geschäftsbereichs 4 ausgeweitet. Perspektivisch ist – sofern erforderlich – auch eine verwaltungsweite Umsetzung vorgesehen. Die Fachgruppe „Jugend“ im Kri-

minalpräventiven Rat wurde als regelmäßiges Berichtsgremium in die Projektstruktur eingebunden.

Ein zweiter Schwerpunkt war die zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft unter jungen Menschen. Besonders relevant erscheinen dabei in Essen islamistische und rechtsextremistische Erscheinungsformen. Der Nahostkonflikt beschäftigte viele Schulen und führte bei Lehrkräften häufig zu Unsicherheiten im Umgang mit den damit verbundenen Konflikten. Neben dem schulischen Kontext spielt Extremismus eine stärker werdende Rolle in den kriminalpräventiven Netzwerken. Letztlich ist auch festzustellen, dass Radikalisierung wesentlich durch den Einfluss sozialer Medien bestimmt wird und Wege gefunden werden müssen, um Präventionsarbeit verstärkt im digitalen Raum anzubieten.

Einigkeit besteht darüber, dass Radikalisierung heutzutage wesentlich durch soziale Medien beeinflusst wird. Es wurde betont, dass Präventionsarbeit verstärkt auch im digitalen Raum stattfinden müsse. Gleichzeitig seien niedrigschwellige Angebote, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe sowie Räume für offene Gespräche unverzichtbar, um

junge Menschen frühzeitig zu erreichen. Ebenso wurde die Bedeutung der Elternarbeit hervorgehoben, insbesondere wenn extremistische Einstellungen bereits im familiären Umfeld verankert sind.

In mehreren Stadtbezirken beschäftigen die kriminalpräventiven Netzwerke neben extremistischen Tendenzen auch mit zwischenmenschlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt sowie das Thema Messergewalt. Dabei zeigt sich, dass Jugendliche häufig Gesprächsangebote und geeignete Ansprechpersonen vermissen. Gleichzeitig besteht ein hoher Bedarf an Fortbildungen für Fachkräfte. Auch Sportangebote werden zunehmend als geeigneter Zugang für Präventionsarbeit mit Jugendlichen genutzt.

Die Fachgruppe „Jugend“ im Kriminalpräventiven Rat kanalisiert diese Erfahrungen vor Ort und sucht hierzu den Austausch mit den weiteren Fachgruppen. Zudem wurde im Jugendamt eine Stabsstelle Kriminalprävention eingerichtet. Dadurch soll die konzeptionelle Arbeit weiter gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren intensiviert werden.

Schule als sicherer Ort – Das Umsetzungskonzept

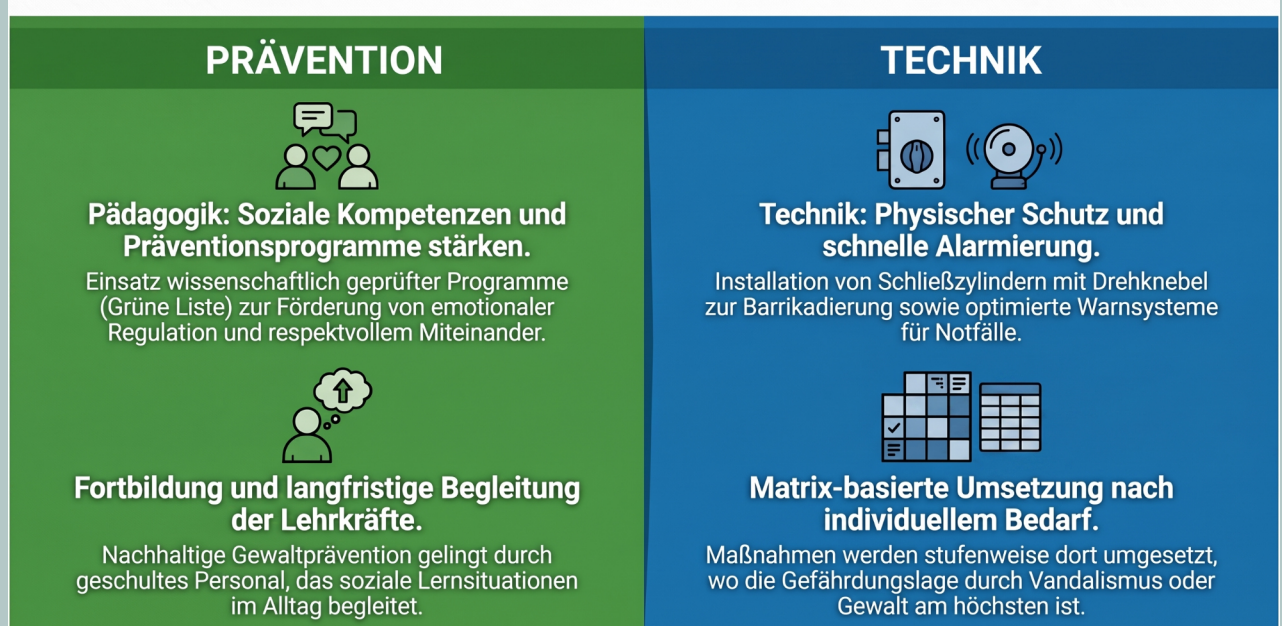


Abb. 15: Umsetzungskonzept „Schule als sicherer Ort“ (eigene Darstellung, KI-generiert)

3.5 Kriminalpräventive Netzwerke in den Quartieren

Die Kriminalpräventiven Maßnahmen sollen die Sicherheit im Quartier fördern und die Jugendkriminalität verringern.

Nachdem 2011 das Aktionsbündnis sicheres Altenessen – kurz AsA – in Altenessen gegründet wurde, zeigte sich schnell die Wirksamkeit des Arbeitsansatzes.

Neben der Verortung in Altenessen (AsA) gibt es vier weitere Kriminalpräventive Maßnahmen im Nordviertel (Perspektive Nord), in Katernberg (Aktionsbündnis Zollverein), Altendorf (Quartierssicherheit Altendorf) und Borbeck (Kriminalprävention in Borbeck).

Die Schwerpunkte aller Maßnahmen bilden

a) regelmäßige Sitzungen des kriminalpräventiven Netzwerkes

Hier werden akute Vorfälle aus dem jeweiligen Stadtteil besprochen, die aufgrund der vielfältigen Besetzung des Netzwerkes im Anschluss durch unterschiedliche Professionen bearbeitet werden können.

b) Straßensozialarbeit

Familien und Schulen sowie Treffpunkte im Stadtteil werden aufgesucht, Kontakte zu Jugendlichen im Stadtteil aufgebaut und Kriminalitätsschwerpunkte identifiziert.

c) Präventionsarbeit

Ein Kernelement ist die Planung und Durchführung von Präventions- und Sportangeboten, um den Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen und sie von kriminellen Handlungen fernzuhalten. Niederschwellige Zugänge werden hergestellt, um in Kontakt mit Jugendlichen zu treten und Beziehungen einzugehen, aus denen sich Beratungs- und/oder Betreuungssettings entwickeln können.

d) Netzwerkarbeit

Der Aufbau eines regelmäßigen Kontaktes und Austauschs zu Schulen und Jugendeinrichtungen im Stadtteil, die Teilnahme an diversen Arbeitskreisen ist nicht nur zur Implementierung von Angeboten ein wichtiger Faktor.

Abb. 16: Offenes Angebot „Musik hören, machen und darüber auch ins (schwierige) Gespräch kommen“ der Perspektive Nordviertel im Waldhausenpark (©cse, N. Reichelt)



In den letzten zwei Jahren haben alle Kriminalpräventiven Maßnahmen, die über die Arbeiterwohlfahrt Essen, das Diakoniewerk Essen, die Caritas-SKF Essen und die Werkstatt Solidarität Essen gGmbH umgesetzt und das Jugendamt gesteuert werden, ihre Arbeit in den Stadtteilen fortgesetzt. In diesem Beitrag werden Beispiele aus dem Schwerpunkt Präventionsarbeit aufgegriffen.

Alle gemeinsam haben die Nutzung eines niederschweligen Zugangs um in den Dialog mit Jugendlichen zu treten. Die Jugendlichen werden entweder durch Institutionen benannt, an öffentlichen Orten angetroffen oder durch Weiterempfehlung von Teilnehmenden mitgebracht oder auch an die Mitarbeitenden verwiesen.

In Altenessen wird der Kaiserpark gerne genutzt, in Altendorf eher der Ehrenzeller Platz, in der Nordcity der Spielplatz am Waldhausenpark, im Bezirk VI der Katernberger Markt und in Borbeck die Duboisarena, um nur ein paar Orte zu nennen, an denen die Mitarbeitenden der Kriminalpräventiven Maßnahmen alleine oder mit Unterstützung von Honorarkräften ein Angebot zur Verfügung stellen und ein Ohr für die Belange der Jugendlichen haben.

In kurzer Zeit werden die Probleme hinter einer kriminellen Tat sichtbar und die Dankbarkeit der Jugendlichen, die unkompliziert einen Rat, Unterstützung oder einfach nur gemeinsame Zeit verbringen können, deutlich.

Das Medium Musik wurde als Zugangsmöglichkeit im Nordviertel etabliert. Im Atelierhaus konnten Jugendliche ihre Rap-Songs aufnehmen. Dadurch haben sie ihre Realität auf vielfältige Weise reflektiert und das Erlebte in Text und Musik verarbeitet und umgesetzt. Und „ganz nebenbei“ wurde die schulische oder berufliche Laufbahn besprochen, neue Wege aufgezeigt oder die Teilnahme an erlebnispädagogischen Angeboten ermöglicht.

Während im Nordviertel Musik eine Rolle spielt, hat sich in Altenessen über Krafttraining, Fußball oder andere sportliche Aktivitäten der Zugang zu Jugendlichen bewährt. Neben den wöchentlich stattfindenden Angeboten wurde im letzten Jahr der „Unity-Cup“ umgesetzt. Das Fußballturnier hat Menschen unterschiedlicher Herkunft und ver-



Abb. 17: Offenes Angebot der Kriminalprävention im Bezirk VI gemeinsam mit Mobilitätsbus auf dem Katernberger Markt (©AWO, A. Klink)

schiedener Lebenswelten über den sportlichen Wettbewerb zusammengebracht.

In Altendorf kamen die Mitarbeitenden über ein Sportangebot und die eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Teilnehmenden auf das Thema Drogenkonsum. Das ermöglichte den Zugang um mit ihnen über die Folgen von Konsum ins Gespräch zu kommen und Denkanstöße anzuregen, den eigenen Konsum und dessen Folgen zu überdenken.

Die Duboisarena in Borbeck war in den Sommermonaten der letzten Jahre ein beliebter Treffpunkt Jugendlicher und junger Erwachsener, die besonders durch den erhöhten Konsum von Alkohol, lauter Musik und verfassungsfeindlichen Äußerungen aufgefallen sind. Durch die Aufklärungsarbeit und Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden konnte die Situation vor Ort entspannt werden.

In Katernberg ermöglichten neben sportlichen Aktivitäten auch sogenannte Pen & Paper Rollenspiele einen Zugang zur Lebenswelt der Jugendlichen, über phantastische Welten wurde Erlebtes thematisiert, be- und verarbeitet. Die vertrauensvolle Beziehung eines teilnehmenden Jugendlichen zum Mitarbeitenden der KPM ermöglichte es diesem Jugendlichen sich bei der Polizei zu stellen und Verantwortung für eine begangene Sachbeschädigung im öffentlichen Raum zu übernehmen.

Vernetzung und
Wissenstransfer

4

4 Vernetzung und Wissenstransfer

Kommunale Kriminalprävention lebt vom Austausch – zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Praxis ebenso wie zwischen Kommunen, Fachdisziplinen und der Stadtgesellschaft. Vernetzung und Wissenstransfer schaffen dabei die Grundlage, Erfahrungen zu teilen, neue Impulse aufzunehmen und gemeinsam Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu entwickeln.

Ein besonderer Schwerpunkt lag in den Jahren 2024/2025 auf dem fachlichen Austausch und der Vernetzung sowohl innerhalb der Stadt als auch über die Stadtgrenzen hinaus. Veranstaltungen wie der Fachtag zur Digitalisierung der Sexarbeit und die Demokratiekonferenz der Stadt Essen boten Raum für die gemeinsame Auseinandersetzung mit Fragen des gesellschaftlichen Zusam-

menhalts und der Prävention. Weiterhin war die Arbeit des KPR und dessen Geschäftsstelle vom Austausch mit anderen Kommunen im DEFUS-Städtenetzwerk, von der Initiierung eines Präventionsnetzwerks Rhein-Ruhr sowie von der Teilnahme an Fachtagungen und Fortbildungen geprägt.

Die folgenden Beiträge richten den Blick auf die vielfältige Präventionslandschaft in Essen. Neben eigenen Initiativen des KPR werden auch Veranstaltungen und Fachformate weiterer Akteure vorgestellt, die zur kommunalen Präventionsarbeit beitragen. So wird sichtbar, wie vielfältig Prävention in Essen bereits gelebt wird und welche Möglichkeiten Vernetzung und Wissenstransfer für ihre Weiterentwicklung bieten.

4.1 Veranstaltungen

4.1.1 Fachtag „Digitalisierung der Sexarbeit“



Die von DEFUS organisierte Fachtagung **„Digitalisierung der Sexarbeit – Herausforderungen für Kommunen“** fand am 12. September 2024 in Essen statt und brachte rund 80 Fachleute aus Essen, Mülheim an der Ruhr sowie dem gesamten Bundesgebiet zusammen. Vertreten waren insbesondere Akteurinnen und Akteure aus Verwaltung, Wissenschaft, Sozialarbeit, Gesundheitswesen und aus den Interessenvertretungen von Sexarbeitenden. Ziel der Veranstaltung war es, die Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung auf die Sexarbeit zu diskutieren und Handlungsempfehlungen für Kommunen zu entwickeln.

Ausgangspunkt der Tagung war die Beobachtung, dass viele Kommunen Menschen in der Sexarbeit zunehmend schwerer erreichen. Durch digitale Plattformen und die Veränderungen während der Covid-19-Pandemie hat sich ein erheblicher Teil

der Sexarbeit von Straßenstrichen und festen Prostitutionsstätten in Hotels, Privatwohnungen und Online-Räume verlagert. Dadurch werden klassische Beratungs- und Unterstützungsangebote weniger wirksam, während gleichzeitig Kontrollmöglichkeiten und Schutzmaßnahmen gegenüber Gewalt, Zwang und Ausbeutung erschwert werden.

Für Ordnungsbehörden wird es zunehmend schwierig, kriminelle Strukturen oder Menschenhandel zu erkennen. Gleichzeitig besteht ein Spannungsfeld zwischen notwendigen Kontrollen und dem Wunsch, die Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden zu verbessern, ohne zusätzliche Belastungen oder Stigmatisierung zu erzeugen. Hinzu kommt, dass belastbare Daten über das tatsächliche Ausmaß und die Bedingungen der Sexarbeit fehlen.



Abb. 18: Oberbürgermeister Thomas Kufen beim Fachtag (Foto: M. Hecker, DEFUS)

Beratungsstellen stehen vor dem Problem, dass vertrauensbildende persönliche Kontakte schwieriger entstehen und ihre digitalen Angebote oft wenig sichtbar oder nicht ausreichend verifiziert sind. Zudem erschweren internationale Plattformbetreiber und technische Beschränkungen sozialer Netzwerke die digitale Ansprache von Sexarbeitenden.

In den Fachvorträgen wurden die Herausforderungen aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Thematisiert wurden unter anderem Risiken wie Datenmissbrauch auf Online-Plattformen, die anonyme Kontaktaufnahme durch Kundinnen und Kunden sowie fehlende Sicherheitsstrukturen in der Wohnungs- und Hotelprostitution.

In vier parallelen Workshops zu den Themen Kommunikation und Beratung, Gesundheit und Soziales, Prävention von Zwang und Gewalt sowie ordnungsrechtliche Herausforderungen wurden konkrete Handlungsempfehlungen für einen zeitgemäßen kommunalen Umgang mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Sexarbeit:

- Sexarbeitende besser erreichen: Digitale Kommunikationswege nutzen, Online-Präsenz

- stärken und Peer-to-Peer-Ansätze ausbauen, um Vertrauen und Zugänge zu schaffen.
- Zusammenarbeit und Vernetzung verbessern: Gesundheitsdienste, Beratungsstellen, Ordnungsbehörden und weitere Akteure enger vernetzen sowie gemeinsame Handlungsstandards entwickeln.
- Kompetenzen stärken: Mitarbeitende in Behörden und Einrichtungen gezielt zu den Lebensrealitäten, Bedarfen und Rechten von Sexarbeitenden qualifizieren.
- Informationen zugänglicher machen: Hilfs-, Beratungs- und Gesundheitsangebote online sichtbar und leichter auffindbar gestalten.
- Entstigmatisierung fördern: Vorurteile abbauen und die gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen, um den Zugang zu Unterstützung, Beratung und Schutz zu erleichtern.
- Lebensrealitäten stärker berücksichtigen: Maßnahmen und Angebote konsequent an den tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeitenden ausrichten.

Im politischen Abschlussgespräch mit Stefan Hahn (Deutscher Städtetag), Anja Franke (Stadt Mülheim an der Ruhr), Elke Zeeb (Grüne Essen), Eléonore Willems (Deutsche Aidshilfe) und Mechthild Janda (MadameKALI, Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V.) bestand Einigkeit darüber, dass es an der Zeit ist, abstrakte Debatten durch konkrete Lösungsansätze zu ersetzen. Ziel müsse es sein, die Rahmenbedingungen für Sexarbeit an gesellschaftliche Entwicklungen anzupassen und vor Ort innovative Ansätze zu erproben. Betont wurde zudem die Bedeutung einer stärkeren Kommunikation kommunaler Erfahrungen und Bedarfe an den Bund, um auf einen verlässlichen rechtlichen Rahmen hinzuwirken, der den lokalen Akteur:innen Orientierung bietet und die notwendigen Handlungsspielräume für praxisnahe Lösungen eröffnet.

Abb. 19: Politische Podiumsdiskussion (v.l.n.r.: Dr. Meike Hecker, Stefan hahn, Anja Franke, Elke Zeeb, Eléonore Willems, Mechthild Janda)



4.1.2 „Wir alle sind Essen - Gemeinsam für ein friedliches Miteinander“: Initiative für Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt



Abb. 20: Wir alle sind Essen - Gemeinsam für ein friedliches Miteinander (©Stadt Essen, FB 01-15; Illustration: Basisvorlage Stafteeva - stock.adobe.com)

Die Stadt Essen hat gemeinsam mit der Essener Allianz für Weltoffenheit im Jahr 2024 die Initiative „Wir alle sind Essen – Gemeinsam für ein friedliches Miteinander“ gestartet. Sie reagiert damit auf eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung sowie auf die Auswirkungen internationaler Konflikte auf das Zusammenleben in der Stadt.

Ziel der Initiative ist es, demokratische Werte zu stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Ein besonderer Fokus liegt auf der Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen sowie auf der Sensibilisierung für Demokratie, Menschenrechte, Vielfalt und gegenseitigen Respekt. Die Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bildet dabei den übergeordneten Rahmen der Initiative. Im Jahr 2024 standen insbesondere Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und Rechtsextremismus im Fokus der inhaltlichen Arbeit.

Den Auftakt bildete am 14. Juni 2024 ein stadtweiter Aktionstag mit rund 1.100 Teilnehmenden. Schüler:innen, Multiplikator:innen sowie pädagogische Fachkräfte und Bürger:innen beteiligten sich an dezentralen Veranstaltungen in Schulen, an der Universität Duisburg-Essen und auf dem Gelände des UNESCO-Welterbes Zollverein.

Im Rahmen einer begleitenden Demokratiekonferenz fanden über 40 Workshops, Gesprächsformate und Fachvorträge statt. Thematisiert wurden unter anderem Demokratiebildung, Extremis-

musprävention, Hate Speech sowie der Umgang mit Verschwörungstheorien. Ein „Markt der Möglichkeiten“ präsentierte ergänzend Beratungs- und Unterstützungsangebote verschiedener Initiativen und Träger. Die Verbindung aus Wissensvermittlung, Dialog und Begegnung stärkte demokratische Handlungskompetenzen und förderte ein respektvolles Miteinander.

Im Jahr 2025 wurde die Initiative unter dem Leitmotiv „80 Jahre Frieden in Deutschland“ fortgeführt. Mit Gedenkveranstaltungen, Dialogformaten und Bildungsangeboten konnten über 1.200 Menschen erreicht werden. Ein Schwerpunkt lag auf der Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen: Rund 770 Schülerinnen und Schüler nahmen an Kindervorlesungen, Zeitzeugengesprächen sowie Workshops zu Demokratie, Grundrechten, Frieden, Identität und Antidiskriminierung teil. Ergänzend bot die Bürgerdialogreihe „Lasst uns reden!“ an unterschiedlichen Orten im Stadtgebiet – auf dem Baldeneysee, in der Ruhrbahn und im Stadion an der Hafenstraße – Gelegenheit zum Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Generationen und Lebenswelten.

Die Initiative leistet damit einen Beitrag zur Förderung demokratischer Teilhabe und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In 2026 wird die Initiative weitergeführt.



4.2 Netzwerkarbeit

DEFUS - Deutsch-Europäisches Forum für urbane Sicherheit

Essen ist bereits seit 2015 Mitglied bei DEFUS sowie dem europäischen Dachverband Efus. Christian Kromberg, Dezernent für Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung in Essen, ist seit 2020 Vorsitzender von DEFUS.

Das Städtenetzwerk bietet seinen Mitgliedsstädten zahlreiche Veranstaltungen und Austauschformate. Zweimal jährlich findet eine Mitgliederversammlung statt, einmal digital und einmal in Präsenz. Die Präsenzveranstaltung 2024 in Gelsenkirchen widmete sich den Schwerpunkten marginalisierte Gruppen, Jugendkriminalität und „KI meets Ordnung“. 2025 kamen die Mitgliedsstädte in Stuttgart zusammen und diskutierten u.a. über Messergewalt, Jugendgewalt in Schulen, das Nachtleben sowie Sucht im öffentlichen Raum. Ergänzt werden die Treffen regelmäßig durch Ortsbegehungen mit Best-Practice-Beispielen sowie themenspezifische Workshops.

Darüber hinaus beteiligte sich die Geschäftsstelle des KPR an verschiedenen fachlichen DEFUS-Webtauschs und brachte dabei eigene Erfahrungen und Praxisbeispiele aus der kommunalen Präventionsarbeit ein.



Abb. 21: Stephanie Schmuck und Dr. Ina Hennen bei der Begehung im Rahmen der 29. DEFUS-Mitgliederversammlung in Stuttgart (Foto: S. Schmuck)

Präventionsnetzwerk Rhein-Ruhr

Entlang von Rhein und Ruhr bilden zahlreiche (Groß)Städte Ballungsgebiete mit ähnlichen Herausforderungen und städteübergreifenden Problemlagen. Um den direkten fachlichen Austausch zwischen den Kommunen zu fördern und gemeinsame Lösungen für kriminalpräventive Fragestellungen zu entwickeln, hat die Geschäftsstelle des KPR Essen 2025 das Präventionsnetzwerk Rhein-Ruhr ins Leben gerufen.

Das Netzwerk ist bewusst auf der fachlichen Arbeitsebene angesiedelt und steht interessierten Kommunen der Region offen. Bereits beim ersten Treffen in Essen im November 2025 wurde deutlich, dass ein regelmäßiger und unbürokratischer Erfahrungsaustausch bei den kommunalen Präventionsakteur:innen auf großes Interesse stößt. Daher wurde vereinbart, künftig vierteljährlich in wechselnden Städten zusammenzukommen, um Informationen zu teilen und Synergien zu nutzen.

Je nach Organisationsstruktur der Kommunen beteiligen sich Vertreter:innen kriminalpräventiver Gremien und Zentren, der Ordnungsämter sowie von Stabsstellen und Sonderstäben mit kriminalpräventivem Bezug. Das Netzwerk wird im Jahr 2026 fortgeführt.

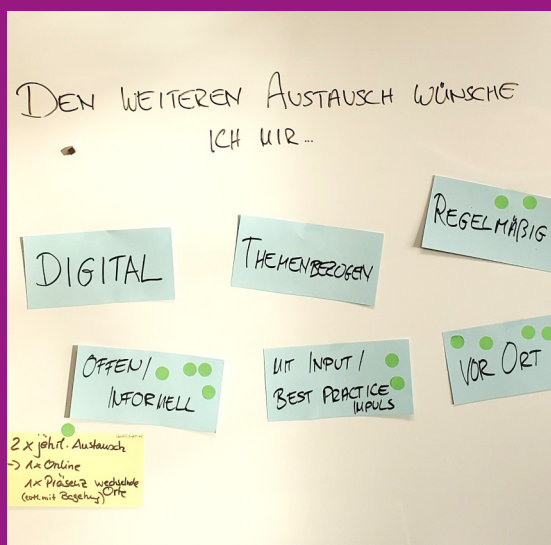


Abb. 22: Abfrage zum Austauschformat beim Auftakttreffen in Essen im November 2025 (Foto: I. Hennen)

4.3 Wissenschaft-Praxis-Transfer

Wissenschaft-Praxis-Transfer

Die Mitarbeiterinnen der Strategischen Stabsstelle kommunale Kriminalprävention und urbane Sicherheit bzw. der Geschäftsstelle des KPR Essen beteiligten sich 2024 und 2025 an zahlreichen Fort- und Weiterbildungsformaten, wissenschaftlichen Konferenzen und Fachtagungen sowie Transferveranstaltungen mit Bezug zu kommunaler Kriminalprävention und urbaner Sicherheit.

Bei den **Fachtagen der Suchtkooperation NRW** (08/24 und 06/25) wurden Herausforderungen und Lösungsansätze im Zusammenhang mit Drogenkonsum im öffentlichen Raum diskutiert. Der **„Fachtag zur Begegnung mit psychisch kranken Menschen im öffentlichen Raum“** der Psychiatriekoordination des Gesundheitsamtes Essen (11/24) legte den Fokus auf den Umgang von Behörden und Helfenden mit den Betroffenen.

Der **6. Berliner Kongress wehrhafte Demokratie** (05/24) beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit dem gesellschaftlichen Diskurs über Sicherheit und Zusammenhalt. In Foren und Werkstätten wurden u.a. Cybercrime, Extremismus und Radikalisierung sowie organisierte Kriminalität thematisiert.

Im Rahmen der Abschlussveranstaltung zum **Forschungsprojekt „Digitalisierung & Nach-**

barschaft“ der EBZ Business School (09/24) debattierten die Teilnehmenden, welche Auswirkungen soziale Medien auf den Zusammenhalt in Nachbarschaften ausüben.

Beim Seminar **„Sichere Städte - Marginalisierte Gruppen und öffentlicher Raum“** des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) und DEFUS (05/25) standen wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema Marginalisierung und Unsicherheitswahrnehmungen marginalisierter Gruppen im Zentrum. Darüber hinaus wurden planerische, sozial- und ordnungspolitische Lösungen diskutiert sowie der interkommunale Austausch zu Best-Practices und eine Exkursion in Berlin umgesetzt.

Der **30. Deutsche Präventionstag 2025** in Augsburg (06/25) stand unter dem Leitmotto „Prävention und gesellschaftlicher Frieden“. Dort wurden u.a. Vorträge und Diskussionen zu den Themen Jugendgewalt, Umgang mit Graffiti, Quartiersentwicklung in Großwohnsiedlungen sowie Radikalisierungsprävention besucht und das Netzwerk ausgeweitet.

Darüber hinaus lehrte Stephanie Schmuck 2024 und 2025 an der Deutschen Hochschule der Polizei zum Thema **„Interdisziplinäre Kriminalprävention aus kommunaler Perspektive“**.



Abb. 23: Flagge des Deutschen Präventionstages 2025 in Augsburg (Foto: I. Hennen)



Abb. 24: Fachtag "Drogenproblematik im öffentlichen Raum in NRW" der Suchtkooperation NRW 2024 in Oberhausen (Foto: I. Hennen)

Ausblick

5

5 Ausblick 2026



Weiterentwicklung der Kommunalen Kriminalprävention

Die kommunale Kriminalprävention entwickelt sich zunehmend zu einer integrierten, strategischen Sicherheitsaufgabe. Im Mittelpunkt steht dabei ein Verständnis von Sicherheit, das nicht allein auf die Verhinderung von Kriminalität zielt, sondern auf die **Gestaltung einer lebenswerten, sozialen und sicheren Stadt**. Prävention wird damit zunehmend zu einer gemeinschaftlichen Aufgabe, die Verwaltung, Politik, Polizei, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Bürgerschaft gemeinsam tragen.

Für die lokale Arbeit bedeutet dies, dass der Kriminalpräventive Rat seine Rolle als koordinierende Plattform weiter stärkt. Ressortübergreifende Zusammenarbeit, die Einbindung besonders betroffener Gruppen und eine **systematische Beteiligung** der Bürgerschaft werden zentrale Bausteine sein, um Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln. Unterstützend bleiben Lagebilder und ausgewählte datenbasierte Erkenntnisse, die jedoch eingebettet werden in einen dialogorientierten Ansatz, der Transparenz und Vertrauen fördert.

Insgesamt entwickelt sich die Kommunale Kriminalprävention hin zu einer **Urban Safety Governance**, die Kooperation, Teilhabe und eine positive Vision von Sicherheit verbindet – mit dem Ziel, Essen langfristig resilient, inklusiv und lebenswert zu gestalten.

Projekte und Veranstaltungen



- »» Ausrichtung eines **Fachtags** zum Thema „Gewalt im Dienst begegnen - Hintergründe, Strategien, Best Practice“ (Februar 2026)
- »» Etablierung eines regelmäßigen **Fokusthemas**, das eine vertiefte Auseinandersetzung mit ausgewählten Präventionsthemen ermöglicht, einschließlich eines hierzu stattfindenden kommunalen Fachtags (Anfang 2027)
- »» Entwicklung eines **Leitprojekts** „Lichtkonzept Innenstadt“ im Rahmen des Innenstadtentwicklungskonzepts (IEK) „Zukunft.Essen.Innenstadt“ (Fachgruppe Städtebauliche Kriminalprävention)
- »» Umsetzung einer stadtweiten **Datenbank** für kriminalpräventive Maßnahmen
- »» Ausbau des **Präventionsnetzwerks** Rhein-Ruhr sowie kontinuierliche Weiterführung der interkommunalen Zusammenarbeit
- »» Beteiligung an wissenschaftlichen **Forschungsprojekten**



Öffentlichkeitsarbeit

www.essen.de/kriminalpraevention



Broschüre Extremismus



Abschlussbericht Bergmannsfeld

Mit der **neuen Homepage** stehen nun umfassende Informationen zur *Strategischen Stabsstelle kommunale Kriminalprävention und urbane Sicherheit*, zum Aufbau des *Kriminalpräventiven Rates*, zu laufenden Projekten sowie zu relevanten Kontaktdaten zur Verfügung. Zukünftig wird zusätzlich via LinkedIn über Veranstaltungen, Aktivitäten und Entwicklungen berichtet. Darüber hinaus werden regelmäßige Projektberichte und Informationsbroschüren veröffentlicht, die u.a. über die QR-Codes digital abrufbar sind.

Kriminalpräventiver Rat Essen



kriminalpraeventiverrat@essen.de

www.essen.de/kpr